

Dreikönigstreffen 2015

Was passiert, wenn der Zins
verschwindet? – Folgen für
Mittelstand, Kreditwirtschaft
und Altersvorsorge

Vertrauen als Treiber der
Finanzpolitik –
Perspektiven für Innovation
und Mittelstand

Schriftenreihe:
Dialog Handwerk 1/2015

Herausgeber:
Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag

Verantwortlich:
Josef Zipfel

Stenografische Protokollierung und Rednerkorrekturen:
Michael Roeßgen

Bilder:
Wilfried Meyer

Gestaltung:
Jessica Handke

Was passiert, wenn der Zins
verschwindet? – Folgen für
Mittelstand, Kreditwirtschaft
und Altersvorsorge

Vertrauen als Treiber der
Finanzpolitik –
Perspektiven für Innovation
und Mittelstand

Dreikönigstreffen 2015
des nordrhein-westfälischen
Handwerks

Dokumentation des Dreikönigsforums mit

Andreas Ehlert
Ulrich Leitermann
Prof. Dr. Henning Vöpel
Michael Breuer
Dr. Jörg Dittrich
Prof. Dr. Friederike Welter
Holger Steltzner, Moderator

und des Dreikönigsessens mit
Andreas Ehlert
Dr. Christian Brauckmann
Steffen Kampeter MdB

in der WGZ BANK AG
Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank
Ludwig-Erhard-Allee 20, Düsseldorf
am Donnerstag, 15. Januar 2015

Dialog Handwerk 1/2015

Inhalt

3 Zum Geleit

Dreikönigsforum

4 Begrüßung

Andreas Ehlert
Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags

8 Podiumsdiskussion

Michael Breuer
Verbandsvorsteher und Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands (RSGV)

Ulrich Leitermann, Vorstandsvorsitzender der Signal Iduna

Professor Dr. Henning Vöpel
Direktor und Mitglied der Geschäftsführung des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI), Professor für Volkswirtschaftslehre, HSBA Hamburg School of Business Administration

Professor Dr. Friederike Welter
Präsidentin des Instituts für Mittelstandsforschung IFM Bonn, Lehrstuhl für Allgemeine BWL, insb. Management kleiner und mittlerer Unternehmen und Entrepreneurship, Universität Siegen

Dr. Jörg Dittrich, Präsident der Handwerkskammer Dresden

Holger Steltzner, Moderation
Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

28 Aussprache

33 Schlusswort

Hans-Joachim Hering
Vizepräsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags

Dreikönigsessen

35 Begrüßung und Einführung

Andreas Ehlert
Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags

38 Grußwort

Dr. Christian Brauckmann
Vorstandsmitglied der WGZ BANK AG

42 Festansprache „Vertrauen als Treiber der Finanzpolitik – Perspektiven für Innovation und Mittelstand“

Steffen Kampeter MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

53 Bisherige Veröffentlichungen

Zum Geleit

Auf unserem diesjährigen Dreikönigsforum haben wir noch darüber debattiert, was passiert, wenn der Zins verschwindet. Das Thema hat seither an Fahrt gewonnen. Heute müssten wir schon darüber debattieren, was passiert, wenn der Zins negativ wird, also das Sparen bestraft wird. Einige Ökonomen propagieren mittlerweile sogar die Abschaffung des Bargelds, damit das Sparen unterbunden und eine Politik niedriger oder negativer Zinsen besser durchgesetzt werden kann. Wir spüren, dass in der europäischen Währungsunion um diese Frage ein tiefgreifender Interessenkonflikt ausgebrochen ist, der auf gegensätzliche Wirtschaftsphilosophien in den Mitgliedsstaaten der Euro-Zone zurückgeht.

So verlockend niedrige Zinsen auf der einen Seite für Kreditnehmer auch sein mögen, so unbehaglich und unheimlich ist uns doch die Vorstellung einer Welt ohne Zinsen. Wenn Sparen und Vorsorge erschwert werden, weil attraktive und verlässliche Anlageformen fehlen, und wenn die Bewertung von Investitionsrisiken durch Zinsen bei der Kreditvergabe nicht mehr möglich ist, gefährdet das keineswegs nur die Geschäftsmodelle mancher Banken und Versicherungen. Diese Entwicklung kann die Rahmenbedingungen mittelständischen Unternehmertums und die Alters- und Risikoversorge vieler Selbständiger und Arbeitnehmer und ihrer Familien empfindlich gefährden und letztlich in eine ernste Vertrauenskrise für unsere gesamte Wirtschafts- und Sozialordnung münden. Gründe gibt es also genug, dass sich auch das nordrhein-westfälische Handwerk dieser Fragen annimmt und sie im Austausch mit Politik, Wissenschaft, Banken und Versicherungen kritisch diskutiert.

Wir danken allen Beteiligten ganz herzlich für eine ebenso lebhaft wie lehrreiche Debatte und wünschen allen Lesern eine spannende Lektüre! Unser besonderer Dank gilt der WGZ Bank, die wieder einmal ein großzügiger Gastgeber für unser traditionsreiches Dreikönigsforum war.

Düsseldorf, im Juli 2015

Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag

Andreas Ehlert
Präsident

Dipl.-Volksw. Josef Zipfel
Hauptgeschäftsführer

Dreikönigsforum

Begrüßung

**Andreas Ehlert,
Präsident des Nordrhein-Westfälischen
Handwerkstags**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Schulhoff! Ihnen allen ein ganz herzliches Willkommen zum traditionellen Dreikönigsforum des nordrhein-westfälischen Handwerks und meine besten Wünsche für ein glückliches und erfülltes Jahr 2015!

Für mich – das sage ich aus vollem Herzen – ist es sozusagen wie Nahrung für die Seele, zu Beginn des neuen Jahres hier in diesem vertrauten Kreis von Freunden, von Weggefährten, von Mitstreitern für Handwerk, Mittelstand und unsere Ordnung der sozialen Marktwirtschaft zu sein. Das gibt mir die Gewissheit, dass wir auch die Herausforderungen des Jahres 2015 gemeinsam meistern werden. Das haben wir heute Morgen schon in unserer Vorstandssitzung begonnen.

Die Herausforderungen des Jahres 2015 werden nicht gering sein. Eine davon – sicherlich nicht die kleinste – steht heute auf unserer Agenda.

Mein allererster Gruß gilt den Spitzenvertretern dieses Hauses, der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank, die uns mit ihrer Gastfreundschaft diese Veranstaltung immer wieder aufs Neue erst möglich macht. Ich begrüße den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der WGZ BANK, Herrn Werner Böhnke, und das Mitglied des Vorstands der WGZ BANK, Herrn Dr. Christian Brauckmann. Vielen Dank, dass wir bei Ihnen sein dürfen!

(Beifall)

Zweitens begrüße ich unseren Präsidenten, den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Hans Peter Wollseifer. Herzlich willkommen!

Übrigens sitzen nicht nur Kölner in diesem Raum. Deswegen möchte ich bei der Gelegenheit doch erwähnen, dass bei der Gott sei Dank ausgefallenen „Kögida“-Demonstration in der vergangenen Woche nicht nur der Kölner Dom – Respekt vor unserem Dompropst! – das Licht ausgeschaltet hatte, sondern auch die Hand-

werkskammer zu Köln, in deren Sichtweite der Demonstrationszug verlaufen wäre.

Lieber Hans Peter, das ist uns in Düsseldorf Vorbild gewesen. Auch unser Haus blieb diese Woche dunkel. Die starke Stadtgesellschaft in Düsseldorf hat sich mit sehr großer Geschlossenheit deutlich dagegen ausgesprochen, dass mit diffusen Ängsten Fremdenfeindlichkeit überhaupt erst geschürt wird.

In dem Zusammenhang fällt mir nur ein, dass es ausgerechnet beim WDR anscheinend Probleme mit der Außenbeleuchtung gegeben hat.

Ich freue mich ganz besonders, dass auch unsere Ehrenpräsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Otto Kentzler und Dieter Philipp, bei uns sind. Beide haben ja heute Morgen schon an der Vorstandssitzung teilgenommen.

Wir im Vorstand haben darüber hinaus heute Morgen unseren langjährigen ZDH-Präsidenten Otto Kentzler gebeten, dass er uns weiterhin mit seinem Rat und seiner Tat zur Verfügung steht, insbesondere aufgrund seiner Funktion, die er in unserem Spitzenverband auf europäischer Ebene ausübt. Er steht uns zur Verfügung. Dafür sind wir sehr dankbar.

Weiter darf ich meine Präsidentenkollegen begrüßen: Hans Hund, noch einmal Dieter Philipp, Berthold Schroeder, Willy Hesse, den Präsidenten des Westdeutschen Handwerkskammertages, und den Präsidenten des Unternehmerverbandes Handwerk NRW, Hans-Joachim Hering. Danke für die geschlossene Anwesenheit!

(Beifall)

Aus der Landespolitik gilt mein Gruß Eckhard Uhlenberg. Ich freue mich besonders, dass der Vizepräsident des Landtages Nordrhein-Westfalen die Zeit gefunden hat, beim NRW-Handwerk vorbeizuschauen. Und ich begrüße herzlich Frau Marianne Thomann-Stahl. Ich freue mich, dass die Regierungspräsidentin aus Detmold bei uns zu Gast ist. Herzlich willkommen beim Handwerk!

Ganz besonders freue ich mich auch, dass unser Freund Hans-Jürgen Petrauschke, der Landrat des Rhein-Kreises Neuss, ebenfalls unter uns ist.



Reinhold Schulte, Vorsitzender der Aufsichtsräte der SIGNAL-IDUNA-Versicherungsgruppe und langjähriger Freund und Partner des Handwerks, ist ebenfalls unter uns. Herzlich willkommen, lieber Herr Schulte!

An der Stelle muss es jetzt leider gut sein. Ich weiß, dass sehr viele Präsidenten, viele Hauptgeschäftsführer von Handwerkskammern, sehr viele Kreishandwerksmeister, Obermeister und viele andere im Saal sind, die man auch persönlich nennen müsste. Ihnen aber in Summe noch einmal ein ganz herzliches Willkommen!

Gerade sehe ich die Präsidentin der Bundesbank, Frau Margarete Müller, auch im Publikum. Schön, dass Sie da sind. Herzlich willkommen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Beginn dieses Jahres fühlt man sich irgendwie an den römischen Gott Janus erinnert – das ist der mit den zwei Gesichtern, eines hinten und eines vorne –, von dem der Monat Januar seinen Namen hat.

Blickt man zurück, dann waren die Stimmung und auch die objektiven Indikatoren – Umsatz,

Auftragseingänge, Beschäftigung – gut behauptet. Im Grunde ist das schon im fünften Jahr hintereinander der Fall. Wir wollen auch gar nicht allzu viel klagen; ich weiß natürlich auch, dass das Durchschnittswerte sind. Dahinter stehen sehr viele Unternehmen im Handwerk. Davon geht es einigen gut, einigen geht es sehr gut, einigen geht es sogar ganz hervorragend. Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch Unternehmen, die knabbern so richtig, da funktioniert es nicht so gut. Insofern ist das mit den Durchschnittswerten immer ein bisschen schwierig. Nach Branchen betrachtet ist das Bild dann durchaus differenziert zu sehen. Aber dennoch wollen wir uns im Großen und Ganzen und über alle Handwerke hinweg nicht wirklich beklagen.

Auch gesamtwirtschaftlich geht es uns in unserem Land gut; Sie wissen das. Wir haben so viele Berufstätige wie nie zuvor. Die Zahl der Erwerbstätigen ist auf 42,6 Millionen angestiegen; das sind 372.000 mehr als 2013. Das ist der achte Höchststand in Folge.

Das war der Blick nach hinten.

Blickt man jetzt nach vorn in die Zukunft, dann ändert sich die Szenerie allerdings. Die Konturen verwischen, das Bild wird undeutlicher. Im Grunde ist es wie in einen dichten Nebel gehüllt. Da ist die gut erforschte demografische Entwicklung mit ihren gravierenden Folgen, die diese in letzter Konsequenz für die Unternehmen und die sozialen Sicherungssysteme haben werden.

Da ist als zweite Großbaustelle die Energiewende. Herr Hellmann sitzt auch im Saal. Wir erinnern uns an den fulminanten Auftritt von Herrn Hellmann im vergangenen Jahr beim Dreikönigsforum. Jetzt scheint es ja mit der steuerlichen Abschreibung für die energetische Gebäudesanierung vorwärtszugehen – zumindest das.

Da ist als dritte Großbaustelle aber auch die Geld- und Währungspolitik. „Das Verschwinden des Zinses“ – so haben wir dieses Thema heute ganz plakativ zusammengefasst. Ich frage mich schon, wie es überhaupt dazu kommen konnte, dass Geld gewissermaßen zu einem toxischen Gut zu werden droht, eine Art Sondermüll, für die man wohl in Zukunft eine Gebühr – genannt: Negativzins – bezahlen muss, wenn man es denn

seinem Kreditinstitut sozusagen zur Endlagerung übergibt.

Ich weiß, dass das jetzt ein völlig überzeichnetes Bild ist. Aber immerhin hat der oberste Vermögensverwalter der Deutschen Bank, Herr Wöhrmann, Ende letzten Jahres dringend vom Sparen abgeraten. Mich würde schon interessieren, was das eigentlich für Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet, was das für den eigenständigen, eigenverantwortlichen Aufbau der Altersvorsorge bedeutet.

Was haben wir davon zu halten, dass Mitte November letzten Jahres der renommierte Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff in München sich für die Abschaffung von Papiergeld ausgesprochen hat? Er hat das damit begründet, dass die Zentralbanken auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen könnten, um so die Wirtschaft ankurbeln zu können.

Die Logik, die dahinter steckt, verstehe ich schon: Wer Negativzinsen durchsetzen will, muss letztendlich den Menschen die Möglichkeit nehmen, das Geld zu horten. Aber kann es das wirklich sein? Schafft das wirklich Vertrauen?

Was habe ich von der erneut aufflammenden Diskussion um das Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro zu halten? An dem einen Tag wird uns versichert, dass das im Grunde kein großes Problem sei, wahlweise am nächsten Tag, dass die Eurostaaten auf Biegen und Brechen zusammengehalten werden müssten, weil Milliardenkredite auf dem Spiel stehen. Gerade in dem Zusammenhang muss ich oft an meinen verehrten Amtsvorgänger Professor Schulhoff denken und dessen Analysen zu Griechenland. Viele hier im Raum kennen seine pointierte Meinung. In der Rückschau bewundere ich seinen klaren Blick auf die Eurorettungspolitik.

Das sind jetzt nur ganz wenige Schlaglichter auf unser Thema heute. In der Summe hat das trotz der aktuell guten Lage zu einer beachtlichen Unsicherheit in Mittelstand und Handwerk geführt.

Unser Mittelstand hat es völlig zu Recht als „German Mittelstand“ bis zum Lehnwort ins Englische gebracht. Dass er ein Erfolgsmodell werden konnte, muss im Zusammenhang gesehen werden, und zwar mit einer funktionierenden Infra-

struktur aus Genossenschaftsbanken, aus Sparkassen und aus Versicherungen.

Es kommt ja nicht von ungefähr, dass in Brüssel nicht nur die Qualifikationskultur im Handwerk und in den freien Berufen zum Diskussionsgegenstand geworden ist, sondern zeitgleich damit auch unser Sparkassen- und Genossenschaftsbankensystem. Genossenschaftsbanken und Sparkassen sammeln regional Sparkapital ein und vergeben an regionale Unternehmen Kredite. Das ist unverändert der Kern ihres Geschäftsmodells, auch wenn ich natürlich weiß, dass sich dieses in der Vergangenheit vielfach modifiziert hat. Was aber, wenn die Kreditinstitute und Versicherungen des Mittelstandes sozusagen zwischen BaFin, also wachsenden Bürokratielasten, und Nullzinspolitik aufgerieben werden? Was wird dann aus dieser Infrastruktur, mit der der deutsche Mittelstand seit Langem in Symbiose lebt?

Zum selbstständig wirtschaftenden Unternehmer im Mittelstand gehört untrennbar eine eigenständige, eine eigenverantwortliche Vorsorge für das Alter. Und es gehört zum täglichen Brot der Handwerksorganisationen, bereits bei der Beratung von Unternehmensgründern mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass eine Gründung nicht nur den laufenden Lebensunterhalt sicherstellen muss, sondern dass sie darüber hinaus auch die zukünftige Altersvorsorge sicherzustellen hat. Unsere Unternehmensgründungen im Handwerk sind eben keine Ex-und-hopp-Veranstaltungen. Das sind auf Dauer angelegte Unternehmen. Wir reden hier von einer Perspektive auf Jahrzehnte.

Wir bekommen bei unseren Beratungen natürlich auch nachdenkliche und kritische Fragen von Existenzgründern zu hören. Unsere Existenzgründer würde schon interessieren, was sie denn nun tun sollen. Meine konkrete Frage an das Podium wäre: Was könnten wir, was sollten wir denen denn eigentlich hinsichtlich des Aufbaues einer Altersversorgung raten, hinsichtlich der Absicherung für den Lebensabend?

Noch ein letzter Gedanke: Die Dinge sind kompliziert. Ich weiß das. Sie sind teilweise sogar sehr kompliziert. Deswegen verstehen viele Menschen sie auch nicht mehr oder möchten sie nicht mehr in der Tiefe verstehen. Das löst dann

Verunsicherung aus. Das löst Ängste aus, mitunter auch Hilflosigkeit, was die Zukunft angeht. Deshalb glaube ich schon, dass wir in weiten Bereichen mehr Mut haben müssen, Debatten über ganz grundsätzliche Themen miteinander zu führen. Wir müssen mehr streiten. Wir müssen gelegentlich auch Streit zulassen, müssen um die besseren Argumente, um die richtigen Lösungen ringen. Nur so erreichen wir ein Mehr an Orientierung in dieser immer komplizierter werdenden Welt.

Hierzu möchten wir mit unserem heutigen Thema einen kleinen Beitrag leisten. Deshalb freue ich mich, dass es uns gelungen ist, ein solch hochkarätiges Podium hier in der WGZ-Bank zu versammeln. Begrüßen Sie mit mir Michael Breuer, den Präsidenten des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes. Ich kann mir vorstellen, lieber Herr Breuer, dass Sie gerade in diesen Tagen ziemlich viel unterwegs und stark gefordert sind. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße Ulrich Leitermann, den Vorsitzenden der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe, einen großen Freund und Förderer des nordrhein-westfälischen Handwerks. Herzlich willkommen, Herr Leitermann!

(Beifall)

Ich freue mich besonders, dass wir Herrn Professor Dr. Henning Vöpel, den Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts, gewinnen konnten. Herr Vöpel hat insbesondere auch über das Thema „Versicherungswirtschaft“ vielfach

gearbeitet und geschrieben. Seien auch Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ganz besonders nah steht uns auch Frau Professor Dr. Friederike Welter, die Präsidentin des Instituts für Mittelstandsforschung. Sie ist uns vielfach verbunden und mit ihrem Institut gerade im Bereich der Finanzierung des Mittelstandes wissenschaftlich unterwegs. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen, Frau Professor Welter.

(Beifall)

Natürlich ist auch das Handwerk auf dem Podium ganz hervorragend vertreten. Ich begrüße den Präsidenten der Handwerkskammer Dresden und Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der sächsischen Handwerkskammern, Herrn Dr. Jörg Dittrich, der uns freundschaftlich verbunden und nicht zuletzt auch in ordnungspolitischen Zusammenhängen bewandert ist.

(Beifall)

Die Moderation liegt zum zweiten Mal in den Händen von Holger Steltzner, dem Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Er ist für den Wirtschaftsteil der „FAZ“ verantwortlich. Sie wissen, lieber Herr Steltzner, zweimal begründet im Rheinland schon eine Tradition. Schön, dass Sie da sind. Ich denke, daran wird jetzt auch nicht mehr gerührt. Sie haben das Wort.

Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Podiumsdiskussion

**Moderator Holger Steltzner,
Mitherausgeber der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“:**

Herzlichen Dank, Herr Ehlert, für die freundlichen Worte. – Meine Damen und Herren, wir freuen uns auf die Diskussion. Herr Ehlert, an Traditionen mag ich auch nicht rütteln, zumal es immer wieder schön und vor allen Dingen auch spannend ist, hier im Rheinland mit Ihnen zu diskutieren.

Null Wachstum – zum Glück nicht für Deutschland, aber für weite Strecken in Europa doch –, null Inflation, null Zins – die Wirtschaft scheint zu erstarren. Gleichzeitig erleben wir eine digitale Revolution. Stichwort: Internet der Dinge – Industrie 4.0.

Pessimisten beklagen die wirtschaftliche Flaute in der alten Welt und sagen ein Zeitalter der Erstarrung inmitten von Schuldenbergen und alternden Gesellschaften voraus. Erleben wir wirklich so etwas wie eine Nullzeit mit dem Wachstum nahe null, Inflation nahe null, Zinsen nahe null? In den Industriestaaten sinken die Zinsen ja schon seit dem Fall der Mauer, seit 25 Jahren. Seit vier Jahren nähern wir uns so asymptotisch der Nulllinie mit dem Zins an.

Auf der anderen Seite weiß man natürlich, dass kaum etwas die Welt so verändert wie technischer Fortschritt. Dort, wo die digitale Zukunft erdacht wird – in den Vereinigten Staaten, im Silicon Valley –, hat man wieder Wachstumsraten, die sich sehen lassen können.

Den Leuten wurde früher erzählt, die Rente sei sicher. Dann hieß es, die Riester-Rente schließe die Lücke. Heute hört man immer wieder, man müsse privat viel stärker fürs Alter vorsorgen. Da fragen sich viele: Wie soll das eigentlich gehen? Andere fragen sich: Lohnt sich das überhaupt noch? Dabei sagt der Volksmund: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.

War das gestern, gilt heute etwas anderes unter dem Eurorettungsregime der EZB? Das ist ja nicht nur Europa – die Eurozone –, muss man fairerweise sagen, sondern wir erleben die Nullzinsen auch in der Schweiz – dazu gibt es heu-

te noch mehr zu sagen –, in Skandinavien und schon sehr lange in Japan. Mittlerweile, weil ja doch so viele noch ihr Geld auf der Bank lassen, wurden sogar – Herr Ehlert, Sie haben es gesagt – Strafzinsen eingeführt, negative Zinsen. Es hieß, das gelte nur für Banken, „not for the people“, versprach der EZB-Präsident. Vor Kurzem hat dann als erste Großbank die Commerzbank den Strafzins auch für Firmenkundeneinlagen eingeführt. Privatkunden bekommen das auch schon heute zu spüren, wenn auch nur indirekt, sie merken es nicht so sehr. Über die Fonds und die Lebensversicherungen sind sie natürlich mit dabei.

Heute gab es in der Schweiz einen kleinen oder großen Paukenschlag, je nachdem, wie man das sieht. Die schweizerische Notenbank hat beschlossen, die Kopplung an den Dollar freizugeben. Daraufhin ist der Franken zum Euro um ungefähr 20 Prozent aufgewertet worden, die Schweizer Aktienbörse ist im Schnitt um neun bis zehn Prozent eingebrochen. Das hat die Unternehmen überrascht. Der Grund: Die Bilanz der Schweizer Notenbank wurde stärker aufgebläht als die aller anderen Notenbanken. Selbst die der Japaner, der Amerikaner oder Briten ist nicht so stark gestiegen, nämlich von 80 auf 400 Milliarden Franken. Was hat die Schweiz mit dem Geld gemacht? Sie hat natürlich deutsche Anleihen, deutsche Aktien gekauft. Die Schweizer Notenbank ist der größte Gläubiger der Bundesrepublik Deutschland, ist wahrscheinlich auch der größte DAX-Aktionär, den wir kennen. Jetzt hat sie beschlossen, das Band zu kappen. An diesen Verwerfungen sieht man, wie stark diese Markteingriffe, die künstlichen Preise der Notenbanken wirken.

Die Schweizer Notenbank hat noch etwas anderes entschieden, nämlich den negativen Zins von 0,25 auf 0,75 Prozent noch weiter anzuheben. So weit wagte sich noch keine Notenbank der Welt in das negative Terrain. Wir können uns heute auch fragen – ich bin gespannt, was Sie nachher dazu sagen –, ob das vielleicht ein Zeichen ist für die EZB und ob wir uns auf noch tiefere negative Zinsen gefasst machen müssen.

Auf diesem Hintergrund hat uns das nordrhein-westfälische Handwerk folgende Fragen gestellt: „Was passiert, wenn der Zins verschwindet? Was sind die Folgen für Mittelstand, Kreditwirtschaft

und Altersvorsorge?“ Herr Ehlert hat die Diskutanten bereits kurz vorgestellt, sodass wir gleich einsteigen können.

Herr Leitermann, die erste Frage an Sie: Für Sparer ist Zeit das größte Kapital. Traditionell ist bei den Sparplänen die Verzinsung mindestens so wichtig wie die regelmäßige Einzahlung. Nun ist mit dem Zins auch der Zinseszins verschwunden. Was bedeutet das eigentlich für Sparer, wenn es keinen Zinseszins mehr gibt?

**Ulrich Leitermann,
Vorstandsvorsitzender der Signal Iduna:**

Zunächst bedeutet es, dass sich der Sparprozess und damit natürlich auch der Zinseszins in einem Sparprozess deutlich verschlechtert. Vor dem Hintergrund müssen sich die Sparer darauf einstellen, dass ein Zinseszinsseffekt von nahe null dazu führt, dass der Sparprozess deutlich länger andauert, um bestimmte Sparziele zu erreichen. Dennoch halte ich es für völlig verkehrt und geradezu für irreführend und fahrlässig, den Verbrauchern vor dem Hintergrund eines niedrigen Zinses oder eines nahezu nicht mehr vorhandenen Zinses zu empfehlen, den Sparprozess grundsätzlich einzustellen.

Denn eines bleibt, und das gerade auch vor dem Hintergrund einer Inflation von null: Wer 10 Euro jeden Monat – selbst wenn er es nur unter das Kopfkissen legt – spart, hat immer noch mehr als derjenige, der das nicht tut. Die Leute vom Sparen abzuhalten und damit nichts für die Altersvorsorge zu tun, ist natürlich gravierend. All diejenigen, die solche Empfehlungen aussprechen, müssen eigentlich zu einer späteren Phase zur Verantwortung gezogen werden und die Frage beantworten, wie denn Altersvorsorge ohne Sparprozess stattfinden soll. Man spart doch nicht wegen der Zinsen, sondern man spart, um letztendlich ein Sparziel zu erreichen.

Ich denke, wir müssen auch in solchen Veranstaltungen viel stärker darüber aufklären, dass sich ein Zins auch verändert. Heute haben wir eine Zinssituation, die nahezu bei null ist, aber wir haben diese Zinssituation nicht immer gehabt. Wer heute spart – selbst bei null Zins – und sich einen Kapitalstock zulegt, der wird auch davon

profitieren, wenn in Zukunft die Zinsen wieder steigen.

Wir reden gerade im Zusammenhang mit der Altersversorgung über sehr lange Sparprozesse. Wir reden über Sparprozesse von 30, 40 und 50 Jahren. Jetzt kann man so pessimistisch sein, wie man will, aber ich glaube nicht daran, dass wir 50 Jahre einen Nullzins haben. Deswegen ist durchaus zu empfehlen, auch in solchen Phasen einen Sparprozess zu beginnen, um dann, wenn die Zinsen wieder ansteigen, natürlich umso mehr von dem Zinseszinsseffekt, der dann wieder eintreten wird, zu profitieren.

Moderator Holger Steltzner:

Wenn ich mit Notenbankern oder Politikern über das Ausbleiben des Zinseszinses spreche, Herr Vöpel, dann wird mir immer wieder gesagt: Naja, das ist erst noch kein Problem. Viel wichtiger ist, dass wir dieses oder jenes retten.

Ein Jahr, zwei Jahre lang mag das stimmen. Nun machen wir das schon seit vier, fünf Jahren und ein Ende ist nicht in Sicht. Was bedeutet das mittelfristig, oder können wir wirklich so optimistisch sein, dass wir gar nicht in der 50-Jahres-Perspektive, sondern vielleicht nur in der Halbjahresperspektive denken dürfen, und es wird Ende des Jahres oder im nächsten Jahr schon wieder besser werden? Oder ist es nicht so, dass wir uns mittelfristig auf dieses Umfeld einstellen müssen, und dann sind doch die volkswirtschaftlichen Folgen immens?

**Professor Dr. Henning Vöpel,
Direktor und Mitglied der Geschäftsführung des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI), Professor für Volkswirtschaftslehre, HSBA Hamburg School of Business Administration:**

Ja, in der Tat, dann wären die volkswirtschaftlichen Konsequenzen immens. Dass wir so lange niedrige Zinsen haben, liegt natürlich daran, dass man sich zu Beginn der Eurokrise aufseiten der Politik entschieden hat, die Gläubiger zu schonen. Man wollte die Forderungen gegenüber den Krisenstaaten retten und hat die Gläubiger geschützt. Das machte es erforderlich, dass man

die Zinsen senken musste. So sehen wir, dass im Grunde die Folgen – die Kosten – der Krise gestreckt werden. Das führt dazu, dass die Sparer, diejenigen, die von den niedrigen Zinsen die Betroffenen sind, sehr viel länger darunter zu leiden haben, weil man eben versucht hat, die Kosten der Krise so zu strecken, dass sie nicht mehr so hart spürbar sind. Am Anfang der Eurokrise hat man keinen harten Schnitt gemacht. Das hat man nicht getan, weil man glaubte, die systemischen Risiken seien so groß gewesen. Das ist der Grund, warum wir so lange niedrige Zinsen haben.

Die Europäische Zentralbank ist mittlerweile einigermassen verzweifelt. Gestern hat der Europäische Gerichtshof höchstrichterlich verkündet, dass es der Europäischen Zentralbank gestattet sei, massenhaft Anleihen zu kaufen, sodass man jetzt versucht, tatsächlich auch am langen Ende des Marktes die Zinsen noch weiter zu drücken. Das kann in der Tat mittel- und langfristig zu weiteren Verwerfungen führen. Die Märkte haben ja gehandelt in der Erwartung von bestimmten Renditen. Wenn die über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren nicht kommen, dann hat das massive Umverteilungswirkung zwischen Sparern, Investoren und Anlegern. Das wird die Finanzmärkte noch einmal in arge Probleme bringen.

Moderator Holger Steltzner:

Herr Breuer, für die Kreditwirtschaft ist das Zinsergebnis eine der Hauptertragsquellen, kann man sagen. Was passiert eigentlich in einer Bank, was macht eine Bank, wenn mit den Zinsen immerfort das Ergebnis weiter nach unten geht?

Michael Breuer, Verbandsvorsteher und Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands (RSGV):

Das ist wie bei einem ganz normalen Unternehmen. Wenn man den Preis für einen Kredit gedrückt bekommt, das Zinsergebnis heruntergeht, muss man schauen, dass man bei Verwaltungs- und Sachaufwand dagegen arbeitet. Wir haben noch ein paar gute Umstände, insbesondere in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland, weil

wir noch eine sogenannte Bewertungsergebniskomponente darin haben. Im Moment ist es so, dass wir zu der Frage, wie viele Kredite ausfallen – wir sind ja insbesondere in den klein- und mittelständischen Unternehmen sehr stark –, feststellen, dass zurzeit sehr wenig Kredite ausfallen. Das hilft uns ein Stück weit, dieses deutlich geschmälerete Zinsergebnis zu kompensieren.

Auf Dauer ist das eine herausragende Anforderung für alle Kreditinstitute, sowohl was die Volksbanken und Sparkassen als auch was die Privatbanken angeht. Ich will aber auch festhalten, dass wir hier nicht eine Marktverwerfung haben und auch nicht das Ergebnis von Produzenten oder Konsumenten oder einer Naturkatastrophe. Ich will vielmehr darauf aufmerksam machen, dass das etwas damit zu tun hat – ich bin dem Vorredner deswegen sehr dankbar –, dass wir einen politischen Zins haben. Der politische Zins ist in der Tat so gesetzt worden, dass wir die Anpassungsmaßnahmen innerhalb der Eurozone, innerhalb der großen europäischen Wettbewerbswirtschaften, haben – zumindest glaubt das die EZB. Und sie macht es im Moment, weil sie zurzeit die einzige handelnde Autorität zu sein scheint. Die EZB glaubt, dass sie über sehr viel Liquidität, über die Politik des billigen Geldes, die herben Anstrengungen, die eigentlich gemacht werden müssten, insbesondere bei den Volkswirtschaften im Euroraum, die über 15 Jahre über die Verhältnisse gelebt haben und die diese strukturellen Veränderungen nicht so schnell hinbekommen, strecken kann.

Wir werden sicherlich, wenn das so weitergeht, eine Debatte über die Umverteilungsaspekte bekommen, darüber, ob wir in Europa tatsächlich bereit sind, diese damit einhergehende Umverteilung weiter zu fördern oder zu akzeptieren.

Ich will das sagen, was ich auch im letzten Jahr gesagt habe: Es ist als Vertreter von Sparkassen – ich will um Gottes willen als Verband die EZB nicht diskreditieren – so, dass es mich schon maßlos ärgert, dass wir ganz offensichtlich das Modell der Unabhängigkeit der Bundesbank haben wollen. Wir erleben aber jetzt, dass in einem machtpolitischen Vakuum – keiner organisiert die richtigen Haushalte in Europa, wir haben keine einheitliche Wirtschaftspolitik, wir setzen auch nicht die Interessen der mittelständischen Unternehmer richtig durch – eine Autorität ha-

ben, die zufällig in Frankfurt sitzt – die hätte auch woanders sitzen können –, die nicht demokratisch legitimiert ist, aber sie macht etwas, weil es kein anderer macht. Das ist schon sehr ärgerlich.

Deswegen bin ich der Auffassung, dass wir sehr wohl diese Kollateralschäden diskutieren müssen. Man muss aber wissen, es ist keine Marktverwerfung, sondern es ist ein politisch gewollter Prozess, dass wir die harten Restrukturierungen und die Veränderungen in der Wettbewerbsfähigkeit wie zwischen Unternehmen auch in Europa im Moment über die Politik des leichten Geldes organisieren.

Es fällt mir sehr schwer, das zu akzeptieren, weil wir auch sehen, dass das Umverteilungen sind und dass es mittlerweile auch in der Kreditwirtschaft Kollateralschäden gibt, aber natürlich auch bei unseren Sparern, die real – Sie haben das eben vorgetragen – Geld verlieren. Es gibt eine sehr drastische Umverteilung. Diejenigen, die die Einlagen für eine Kreditfinanzierung herbeigeschafft haben, verlieren real Geld. Das ist schon so etwas wie eine Enteignung, eine politisch gewollte Konstellation. Das ärgert mich, was ich noch einmal vortragen wollte. Man kann das sicherlich über ein, zwei oder drei Jahre ertragen, aber wir kommen langsam schon am Ende dieser Fahnenstange an. Ich meine, man sollte überlegen, ob die Kollateralschäden für Unternehmen, für den Mittelstand und für die Kreditwirtschaft mittlerweile nicht so groß sind, dass man die Politik des billigen Geldes nicht zurückfahren sollte. Ich will es noch einmal ganz klar sagen: Die Wettbewerbsfähigkeit in Europa muss zunächst einmal von den Staaten, die sich nicht als wettbewerbsfähig erwiesen haben, hergestellt werden. Diese Debatte, diesen Diskurs brauchen wir, denke ich.

Moderator Holger Steltzner:

Eine Nachfrage dazu: Nehmen wir den Ausgangspunkt – es ist zwar verschüttete Milch, wir werden die Entwicklung nicht zurückdrehen können –, es ist damals politisch entschieden worden, wie Herr Vöpel sagte, also die Gläubiger, die Banken, zu schonen, dann ist der europäische Stabilitätsmechanismus geschaffen worden, auch die Bankenunion. Angeblich sind wir jetzt sicher. Teilen Sie das, ist das so, oder befin-

den wir uns immer noch im Rettungsmodus, was Banken anbelangt?

Michael Breuer:

Als Bankenvertreter kann ich Ihnen nicht ersparen, dass es natürlich auch Fehler bei den Banken gibt, aber die Staatsschuldenkrise war das Hauptproblem. Es war nicht das Problem, dass die Banken den Staaten leichtfertig Geld gegeben haben. Es war vielmehr umgekehrt so, dass die Regulatorik und die Gesetze gesagt haben: Ihr müsst beim Handwerkskredit das Eigenkapital belegen und auch reservieren, die Staaten brauchen nichts zu belegen, das heißt sogenannte Nullgewichtung. Das führt natürlich dazu, dass der Gesetzgeber – auch in Deutschland, aber auch darüber hinaus – gesagt hat, ihr dürft den Banken Staatsanleihen geben und müsst kein Eigenkapital vorlegen. Das hat erst einmal den Staat als Gläubiger bevorteilt. Im Umkehrschluss dann zu sagen, wenn ein Staat seine Garantie nicht erfüllt, die bösen Banken machen keine Abschläge, finde ich das nicht in Ordnung, weil der Gesetzgeber gesagt hat, das ist zu hundert Prozent sicher. Jeder Handwerker und jeder Unternehmer muss aber erst einmal seine persönliche Sicherheit bringen, und die Kreditwirtschaft muss auch noch Eigenkapital reservieren.

Das ist schon einmal eine Ungleichbehandlung zwischen dem Staat und dem privaten Unternehmer, die ich nicht immer gerechtfertigt finde. Ich will das einmal so vorsichtig formulieren. Also da gibt es eine unterschiedliche Behandlung zwischen Staat und Unternehmen. Diese unterschiedliche Behandlung hat dazu geführt, dass die Wettbewerbsfähigkeit als Indikator für den Zins in den 90er-Jahren gegeben war. Das heißt, man hat dann eben höhere Zinsen für Staatsanleihen gefordert. Mit dem Euroraum ist die Differenziertheit zwischen den einzelnen Refinanzierungen bei den Staaten verschwunden. In Europa haben sich alle fast zu gleichen Bedingungen refinanziert. Dann zu sagen: Wir mussten die Banken retten, die konnten ja die Abschreibungen auf die Staatsanleihen nicht ertragen, finde ich nicht in Ordnung. Man hätte eher dafür sorgen müssen, dass man auch bei der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder wie bei anderen Unternehmen auch, darauf achtet,



Die Redner des Dreikönigsforums: Josef Zipfel, Prof. Dr. Henning Vöpel, Ulrich Leitermann, Prof. Dr. Friederike Welter, Holger Steltzner, Dr. Jörg Dittrich, Michael Breuer, Andreas Ehlert (von links nach rechts)

dass eine Rückzahlungswahrscheinlichkeit gegeben ist.

Erinnern wir uns: Zum ersten Mal hat man im Mai 2005 festgestellt, die Rückzahlungswahrscheinlichkeit – in dem Fall war es Griechenland – ist nicht mehr da. Dann hat man versucht, das ein Stück weit zu strecken.

Ich denke, das ist der eigentliche Zusammenhang, über den wir heute reden.

Moderator Holger Steltzner:

Das ist ja alles sehr kompliziert. Bevor wir, wenn wir es überhaupt machen, in die aktuelle Griechenland-Diskussion einsteigen, Herr Dittrich, noch einmal zurück zu dem Thema „Nullzins“ – wie ich das einmal verkürzt nenne –, also Niedrigzins. Das ist in der Komplexität, ohne dass ich jetzt LTROs oder irgendwelche Abkürzungen nennen möchte, ein Fachthema für Spezialisten, für Finanzmenschen par excellence. In Frankfurt hört man das allerorten. Ich kann mir lebhaft vorstellen, dass das nur in Frankfurt so ist. Wie ist denn das im Gespräch mit Ihren Kunden, mit Ihren Mitarbeitern? Das sind doch alles so abstrakte Themen, dass sie überhaupt keine Rol-

le spielen, könnte ich mir vorstellen. Die Frage, was passiert eigentlich mit unserem Zinseszins, ist eine, die vielleicht eine Art Luxusgedanke für diejenigen ist, die etwas beiseitelegen können.

Dr. Jörg Dittrich, Präsident der Handwerkskammer Dresden:

Ich habe in der Vorbereitung der Veranstaltung den Zeitpunkt gehabt, wo ich überlegt habe, ob es überhaupt gut war, hier zuzusagen, weil das ein so komplexes Thema ist. Was kann ein Handwerksmeister zu den Auswirkungen zur Null-Prozent-Zins-Thematik sagen? Ich ziehe mich ganz einfach auf die Felder zurück, in denen ich zu Hause bin. Das ist, wie Sie gesagt haben, natürlich das Gespräch mit dem Kunden oder mit dem Mitarbeiter, mit den Handwerksbetrieben.

Deswegen würde ich gern einen kleinen Schritt davor ansetzen und den Gedanken einbringen, dass bei den Kunden oder beim Handwerker die Diskussion gar nicht nur um den Zins geht, sondern es geht um das Vertrauen in die Währung. Das ist das Kernproblem, das die Menschen umtreibt. Ansonsten würden sie ja, wie Herr Leitermann richtig sagt, die zehn Euro sparen, auch wenn es keinen Zins gibt. Irgendwann kann ich

das dann wieder hervorholen. Das ist das eigentliche Problem.

Es gibt natürlich auch den Krisengewinner: eine Immobilie, die jetzt durch den gesunkenen Zins, mehr Wert ist, oder die Investition, die der Handwerker bearbeiten darf. Das hat natürlich Auswirkungen.

Sie hatten in Ihrer Frage noch einen zweiten Teil. Ich möchte auch diesen Part, der vor der Frage der Auswirkung des Zinses liegt, einbringen. Es gibt sehr viele Menschen, die gar keine Möglichkeit haben, zu sparen. Die hatten die auch bisher nicht. Das Handwerk in Sachsen – ich habe die Zahl irgendwo gelesen – ist vom Mindestlohn mit ungefähr 30 Prozent der Beschäftigten betroffen. Die bekommen jetzt mehr Geld durch den Mindestlohn. Glauben Sie wirklich, dass die bisher irgendwas gespart haben? Glauben Sie, dass die mit acht Euro fünfzig plötzlich sagen, sie müssten was sparen? Für die ist der Zins nicht das Thema.

Wir erleben, nachdem durch den demografischen Wandel die umlagefinanzierte Rente in die Knie geht, wie nun die zweite Säule in die Knie geht. Aber das müssen wir beides betrachten. Die Menschen, die noch in der Lage sind, etwas zu sparen, sind jetzt auch betroffen. Aber wir haben eben auch eine große Gruppe von Menschen, die sowieso schon betroffen war.

Ich möchte dann noch eine zweite Zahl nennen: Die rot-grüne Bundesregierung hat es durch die Handwerksnovelle 2004 geschafft, dass wir wieder auf die Soloselbstständigenzahl zurückfallen, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zu verzeichnen war. Nahezu 40 Prozent unserer Mitgliedsbetriebe sind Soloselbstständige. Auch von denen wissen wir, dass ein Ansparen von Geld, wenn sie in Abhängigkeit von kleinen Aufträgen vermutlich eher bei größeren Firmen stehen, sehr schwer möglich ist. Die Frage des Zinses ist für sehr viele Menschen gar nicht das Thema, sondern der Punkt, wie kann ich überhaupt etwas ansparen.

Ich möchte aber die Frage von Andreas Ehlert gern beantworten, der gefragt hat, was sollen wir dem jungen Menschen, der jungen Frau, dem jungen Mann, die sich selbstständig machen, sagen. Das ist zwar eine humorvolle Aussage, aber die

meine ich ganz ernst. Die beste Altersvorsorge, die sie betreiben können, besteht in der Entscheidung, ob sie nicht doch lieber viele Kinder haben sollten. Das ist eine Einbettung in eine große Handwerksfamilie – das wissen wir von unseren Altvorderen –, die auf keinen Fall verkehrt ist. Das erleben wir ja in den Handwerksbetrieben. Alle, die das nicht haben, machen sich zu Recht Sorgen, wie es mal weitergehen wird.

(Vereinzelt Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Ich habe eine Kollegin, die immer, wenn wir über Aktienanlage oder so etwas sprechen, sagt, bei ihr wird nicht investiert, es wird aber in die Topausbildung ihrer Kinder investiert.

Frau Welter, da Sie auch über die Soloselbstständigen forschen, wie ich gehört habe: Das ist eine sehr gespaltene Entwicklung. Vielleicht bleiben wir einmal kurz bei diesem Thema. Diese Zahl „40 Prozent“ hat mich schon überrascht. Es gibt aber auch sehr hoch Qualifizierte, die ganz bewusst eine kleine Einheit bleiben. Oder wie ist das?

Professor Dr. Friederike Welter, Präsidentin des Instituts für Mittelstandsforschung IFM Bonn, Lehrstuhl für Allgemeine BWL, insb. Management kleiner und mittlerer Unternehmen und Entrepreneurship, Universität Siegen:

Das ist genau der Punkt, bei dem ich gerade ge-zuckt habe, als Herr Dittrich diese Zahl sagte.

Erstens ist das kein deutsches Phänomen. Diese Zunahme der Soloselbstständigkeit ist ein weltweites Phänomen. Das heißt, der Mittelstand, den wir im Prinzip häufig noch verbinden mit dem Erfolgsmodell, das Herr Ehlert eben auch benannte, ist schon immer sehr viel stärker differenziert gewesen, als wir das eigentlich in unserer Wahrnehmung haben. Das ist weltweit so.

Herr Steltzner, Sie haben es am Anfang angesprochen. Sie haben von der digitalen Revolution geredet. Viele der Soloselbstständigen sind hoch qualifiziert. Sie entstehen daraus, dass es heut-

zutage technologische Möglichkeiten gibt, die es vor 20 oder 30 Jahren noch nicht gegeben hat. Wir haben mittlerweile in den meisten Industriestaaten eine Quote zwischen 50 und 65 Prozent an Soloselbstständigen, jetzt nicht bezogen auf das Handwerk oder auf einzelne Bundesländer.

Wir diskutieren hier das Problem, wie sieht es mit der Altersvorsorge aus, die wir ein Stück weit mit dem Zinseszins betrachtet haben. Da sehen wir eine ganz starke Ausdifferenzierung. Es gibt die Soloselbstständigen, denen es richtig gut geht, die ein sehr gut laufendes Geschäftsmodell haben, die richtig gut verdienen, die auch Altersvorsorge betreiben könnten. Hier sehe ich das Problem, dass das eine andere Generation ist, das ist eine jüngere Generation. Wollen die Altersvorsorge so betreiben, wie wir es noch kennen?

Es gibt die Soloselbstständigen, die der Herr Dittrich beschrieben hat, denen es nicht gut geht. Wenn man da in die Zukunft schaut, muss man, denke ich, auch einmal darüber reden, dass wir eine zunehmende Altersarmut der Selbstständigen, des kleinen Mittelstandes sehen werden. Da haben wir ein tatsächliches Problem.

Wenn jemand sagt, okay, ich verdiene nicht so viel, aber ich möchte trotzdem jeden Monat noch ein bisschen zurücklegen, um eben anzusparen – dann legt er seine zehn Euro zurück –, dann hat er aber in 20 Jahren eben nicht mehr 10 Euro zur Verfügung. Man muss das Ganze nicht nur auf den heutigen Zeitpunkt betrachten, sondern auch einmal ein Stück weit darüber hinaus spekulieren und schauen, was das eigentlich für die Entwicklung des Mittelstandes in 10, 20 oder 30 Jahren in Deutschland bedeutet.

Dr. Jörg Dittrich:

Ich will da widersprechen. Sie kommen aus der Wissenschaft. Als Handwerker ist da schwer gegenzuhalten.

Aber Sie sagten, das sei sowieso weltweit ein Wandel. Ich kann nur für das Handwerk sprechen. Die Zahlen haben sich geändert, nachdem die Handwerksordnung geändert wurde. Die Mitarbeiterzahl hat sich nicht erhöht, aber die Betriebsanzahl ist explodiert. Das ist ein direktes Ergebnis dieses Eingriffes. Unsere Soloselbst-

ständigen im Handwerk sind in der Regel keine hochtechnologisch tätigen Einzelselbstständige, sondern das sind Fliesenleger und Raumausstatter. Die können wir Ihnen gern zeigen. Das ist wirklich ein direktes Ergebnis der Politik. Das soll uns auch mahnendes Beispiel sein. Ich will aber nicht vom Thema ablenken.

Moderator Holger Steltzner:

Dazu noch eine Nachfrage, weil ich die spannend finde: Heißt das, dass dann auch diese Soloselbstständigen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Zweifel auf Grundsicherung zurückfallen werden?

Dr. Jörg Dittrich:

Unsere Handwerkskammer hat eine Arbeitsgruppe. Die Handwerkskammern – das brauche ich hier nicht zu erzählen – bestehen aus Arbeitnehmerseite und Arbeitgeberseite. Die Unternehmer sehen, dass sie wegen des demografischen Wandels ihr Unternehmen nicht weiterverkaufen können. Dabei rede ich nicht nur von Soloselbstständigen, sondern in einem Bereich, in dem die Bevölkerungszahl massiv zurückgeht – ich komme aus einem solchen Bundesland –, ist die Frage, wie soll der seinen Zehn-Mann-Betrieb weiterverkaufen, wenn dieser Betrieb vielleicht gar nicht mehr gebraucht wird, weil die Bevölkerungszahl sinkt. Deshalb gibt es flächendeckend bei den selbstständigen Handwerksmeistern und bei den Beschäftigten die große Sorge vor Altersarmut.

Moderator Holger Steltzner:

Zurück zum negativen Zins. Da sind wir wirklich in einem problematischen Terrain, nicht nur weil der Zins eine Belohnung für das Sparen darstellt, sondern er ist ja auch eine zentrale Stellschraube der Wirtschaft, weil er Angebot und Nachfrage nicht nur von Spargeldern, sondern auch von Investitionen und dem dafür benötigten Kapital in Einklang bringt. Ein typischer Unternehmer vergleicht natürlich sein Investitionsprojekt auch mit dem Zins, den er erzielen kann. Der Zins entscheidet oft genug darüber, ob der Unternehmer im Inland oder Ausland investiert. Was bedeutet

das also für Investitionsentscheidungen, dass wir in eine neue Zinswelt eingetreten sind, die uns vielleicht noch gar nicht so bewusst ist?

Ulrich Leitermann:

Ich glaube nicht, dass der Zins letztendlich entscheidet über das Wohl und Wehe einer Investition und wo ich sie tätige. Er ist mit ein Faktor. Ich denke nicht, dass ein Unternehmer investiert, nur weil der Zins niedrig ist. Das wäre mir neu. Ich habe selbst in jungen Jahren erlebt, dass ein Unternehmer dann investiert, wenn er davon ausgeht, dass das Produkt, das er am Markt anbietet, auf eine Nachfrage stößt und dass er das Produkt absetzen kann. Dann spielt der Zins zwar eine Rolle, aber gegebenenfalls eine untergeordnete. Über die Kalkulation kann er, wenn er das Produkt am Markt durchsetzen kann, jeden Zins einrechnen und das Produkt trotzdem bringen und die Investition tätigen. Wenn das nicht der Fall ist, dann nutzen auch null Zinsen nichts. Wenn ich eine Investition tätige und davon überzeugt bin, dass ich das Produkt nicht am Markt absetzen kann, dann hilft auch ein Zins von null Prozent nichts. Dann werde ich eine solche Investition auch bei null Prozent nicht tätigen. Ich glaube nicht, dass der Zins letztendlich ausschlaggebend für die Investition eines Unternehmens oder für die Investitionsentscheidung ist. Da müssen aus meiner Sicht andere Gründe eine Rolle spielen.

Moderator Holger Steltzner:

Dann fördert der Nullzins auch nicht die Investitionstätigkeit.

Ulrich Leitermann:

Das ist genau das, was wir im Moment sehen. Die EZB oder die Politik gehen davon aus, je niedriger der Zins, desto mehr Investitionen werden getätigt. Das passiert doch gerade nicht. Wir sitzen doch alle gigantisch auf Liquidität, die Investition sucht, die aber aus anderen Gründen eben gerade nicht investiert wird. Das ist ein Teil unseres Problems.

Deswegen ist es, denke ich, auch ein Irrweg, zu versuchen, die Zinsen immer weiter niedrig zu halten. Wir müssen – das zeigt auch die Diskussion hier; ich kann mich nur Herrn Breuer anschließen – in einer solchen Podiumsdiskussion auch einmal die Politik, ob das jetzt gewollt ist oder nicht, ganz deutlich kritisieren. Politisch ist ein niedriger Zins gewollt. Wir wissen, dass die Staatshaushalte nicht nur in Deutschland, sondern insbesondere in Spanien und Italien und auch in den anderen Ländern, massiv von dem niedrigen Zins profitieren.

Wenn man sieht, dass heute eine zehnjährige spanische Anleihe mit 1,5 Prozent verzinst wird und es keine zwei Jahre her ist, als auf dem Ticket 5 Prozent stand, dann ist im Grunde genommen der Eurobonds über die Hintertür eingeführt. Das ist politisch am Ende des Tages gewollt.

(Beifall)

Die Rechnung dafür zahlen wir alle. Die Lasten werden im Grunde sozialisiert, und das führt am Ende des Tages zu einer deutlichen Verschlechterung in der Altersvorsorge und dazu, dass wir immer mehr Leute vom Sparprozess wegbekommen und damit in der Zukunft die Sozialsysteme viel stärker belastet werden, als wir uns das heute vorstellen können.

Wenn wir über Grundversorgung auch im Handwerk reden, dann müssen wir natürlich unterscheiden, zwischen Vorsorgewilligkeit – ich glaube, die ist bei vielen vorhanden – und Vorsorgefähigkeit. Diejenigen, die willig und fähig sind, die müssen gegebenenfalls auch mit steuerlicher Unterstützung viel stärker noch gefördert werden, damit sie private Altersvorsorge leisten, damit diejenigen, die zwar willig sind, aber nicht fähig sind, am Ende des Tages noch von Sozialsystemen getragen sind, die die Gemeinschaft noch finanzieren kann. Wenn wir alle in eine Altersversorgung treiben, die nur noch auf die gesetzlichen Systeme setzt, dann muss man wohl kein Hellseher sein, um zu wissen, dass das am Ende des Tages nicht funktionieren wird. Dann werden wir in eine flächendeckende Altersarmut hineinlaufen.

Moderator Holger Steltzner:

Ich habe jetzt eine Frage an Herrn Vöpel, weil mich das mit der Differenzierung interessiert. In Deutschland hören wir wirklich keine Stimme mehr, die über eine Kreditklemme klagt. Das war vor einiger Zeit noch anders; auch da war es nicht wirklich gerechtfertigt. Wir hören – durchaus auch glaubwürdig – immer wieder, dass es in Südeuropa noch anders aussieht, dass es dort also tatsächlich hier und da schwierig für Unternehmen ist, an einen Kredit zu kommen, weil die Banken nicht wollen oder können oder sonst wie nicht in der Lage sind, diese Kredite zu geben.

Vielleicht können Sie, Herr Breuer, auch etwas dazu sagen, ob dem so ist. Mir scheint, dieser politische Zins – Sie haben es eben gesagt, Herr Leitermann – ist einer, bei dem sich die EZB vor allen Dingen an Südeuropa ausrichtet, um die Krisenstaaten nach vorn zu bekommen. Dort gibt es immer noch diese Kreditklemme, oder gibt es sie doch nicht mehr, weil nämlich auch dort viel stärker das Argument wirkt, die Leute hätten kein Zutrauen in die wirtschaftliche Zukunft und investierten deswegen nicht und nicht wegen des fehlenden Geldes.

Prof. Dr. Henning Vöpel:

Tatsächlich beides. Wir sehen, dass die Banken in diesen Ländern natürlich noch längere Zeit brauchen, um sich zu konsolidieren, die Bilanzen um die Risiken zu bereinigen, die sie aufgenommen haben. Aber es ist natürlich auch die Wirtschaft und die Erwartung an die Wirtschaft.

Das heißt, die Kreditnachfrage in diesen Ländern ist immer noch sehr gering. Das ist auch der Grund, warum die EZB keinen richtigen Zugriff auf die Preisniveaustabilität bekommt und immer noch nach weiteren Mitteln sucht, die Deflation zu bekämpfen, weil die Liquidität – das ist der typische Kanal, wie sich Geldpolitik auswirkt – nicht in Kredite fließt, weil es keine Kreditnachfrage gibt – das Kreditvolumen ist in diesen Ländern immer noch rückläufig –, sondern Blasen erzeugt. Das ist etwas, was sehr gefährlich ist. Wir sehen, dass die privaten Sparer im Grunde sehr risikoavers sind, also Risiken als Reaktion auf die Krise meiden und die institutionellen

Anleger das Risiko suchen, um, wie auch Versicherungen, den Garantiezins zu erwirtschaften.

Diese Diskrepanz zwischen Risikoaversion bei privaten Sparern und der Risikosuche der Institutionellen ist hoch gefährlich. Wir befinden uns in einer Situation, wo wir in der Eurozone sogenannte wandernde Blasen erzeugen.

Zu Beginn der Eurokrise hatten wir Überinvestition in den südlichen Ländern. Da ist aufgrund der niedrigen Zinsen viel Kapital in diese Länder geflossen. Dort wurden Straßen gebaut, Ferienwohnungen usw. Die waren real nicht rentabel. Deshalb musste es zu diesem Bereinigungsprozess kommen.

Jetzt sehen wir aber, dass in Deutschland die Zinsen zu niedrig sind. Jetzt steigen allmählich – ich komme aus Hamburg; ich kann das beurteilen – in Hamburg die Immobilienpreise und die Mieten. Auch hier haben wir so etwas wie Blasen, weil nämlich das viele Geld nicht in die Ankurbelung der Wirtschaft geht, in Kredite, sondern in Sachwerte und damit Blasen aufbaut. Das ist das Dilemma der Geldpolitik, einerseits von der Politik alleingelassen worden zu sein, wie Sie ganz richtig gesagt haben, aber nichts anderes tun kann als immer mehr Geld mit neuen Instrumenten auf den Markt zu geben, aber im Grunde die nächste Blase erzeugt, ohne dass sie die Wirtschaftskrise wirklich lösen kann.

Moderator Holger Steltzner:

Wenn das mit diesen Blasen so ist – ich teile Ihre Einschätzung und habe selbst einen Leitartikel über diese wandernden, zentralbankinduzierten Blasen im europäischen Währungsraum geschrieben –, dann helfen auch irgendwelche ESM- und Bankenunionskonstruktionen nicht wirklich weiter, weil man das Problem hat, dass ein divergierender, volkswirtschaftlich auseinanderstrebender Wirtschaftsraum mit mittlerweile 19 Mitgliedsländern mit nur einem Zins für alle nicht funktioniert. Was folgt denn daraus, Herr Breuer?

Michael Breuer:

Ich will versuchen, Ihre Frage etwas anders zu beantworten. Ich denke, dass es bei allen politischen Akteuren einen Erkenntnisfortschritt geben muss, dass man in der Tat mit null Zinsen plus Ankauf von Staatsanleihen plus Ankauf von Unternehmensanleihen die Wettbewerbsfähigkeit in Europa bestenfalls nur begleiten kann und dass man eine offene Debatte darüber braucht, dass es nur einen Kurs zurück zur Wettbewerbsfähigkeit in den einzelnen Volkswirtschaften über Anstrengung gibt. So unangenehm das auch ist, es geht nicht anders.

Ich bin eher ein konservativer Mensch. Der Bevölkerung zu suggerieren, man kann über notwendige Reformen in Südeuropa, egal wo das ist, hinwegkommen und man muss nur eine möglichst lange Liquiditätsschwemme organisieren, dann springt irgendwann der Markt an und werden auch wieder Kredite gegeben usw., geht nicht. Wir haben nicht das Problem, dass es eine Kreditklemme gibt. Wenn alle Maßnahmen in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren darauf abzielen, die Kreditklemme, die es nicht gibt, zu beheben, dann können die Maßnahmen eigentlich nur am Ziel vorbeigehen.

So sehr ich großen Respekt für diejenigen habe, die versuchen, bei politischen Leitentscheidungen die Zivilgesellschaft mitzunehmen, so sehr möchte ich noch einmal mahnen, dass die Frage der Restrukturierung nur über die Wettbewerbsfähigkeit beantwortet werden kann. Wir haben in den Jahren 2000 bis 2010 in Deutschland eine lange Debatte geführt, wie wir unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöhen können. Wir haben gesagt, wir seien der kranke Mann Europas. Im Jahr 2005 hatten wir allein in Nordrhein-Westfalen über eine Million Arbeitslose. Es ist nicht völlig unabhängig davon, wer an der Regierung ist. Das will ich schon sagen. Aber es gab in dem ersten Jahrzehnt eine Debatte, dass wir uns anstrengen müssen, dass wir den demografischen Wandel in unserem Sozialversicherungssystem organisieren müssen. Die Rente mit 67 hat Franz Münterfering nach vorn getragen. Wir haben über zwölf Jahre über die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland diskutiert. Wir haben uns angesehen, was in unseren Schulen los ist, also beim Lehrplan. Wir haben uns angesehen, was mit der Sozialversicherung los ist, wie es um die Gesundheitsvor-

sorge steht und um die öffentlichen Schulden, wann kriegen wir die Null hin. Wir haben zehn Jahre diese Debatte hier geführt.

Es ist einfach falsch, zu sagen, man kann bei diesen demografischen Entwicklungen und der konjunkturellen Entwicklung auch in der Bundesrepublik Deutschland oder gar in Frankreich alles erhalten, wenn man trotzdem mit 59, 60 oder 63 Jahren in Rente geht. Den Leuten das heute vorzutragen, ist schlicht falsch.

(Beifall)

Das ist leider in Südeuropa immer noch so, dass man versucht, Wahlen zu gewinnen und für drei oder vier Jahre dranbleiben will und den Menschen nicht sagt, sie müssten sich anstrengen. Ich denke, die Regierungen in Deutschland haben gelernt, dass die Menschen erstens das sowieso wissen und spüren, dass eine solche Aussage falsch ist, und zweitens denjenigen goutieren, der auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit setzt.

Meine einfache Antwort lautet: Die EZB handelt im Moment so, weil kein anderer da ist, der etwas unternimmt. Die Politik in Europa muss zu einer vernünftigen Wirtschafts- und Haushaltspolitik zurückkehren. Sparen und Investieren sind übrigens die zwei Seiten der gleichen Medaille. Konsumieren und Sparquote ist hundert. Wenn wir nicht genug sparen, ist die Investitionstätigkeit – auch diesen Zusammenhang gibt es in der Volkswirtschaft – gehemmt, weil dann das Geld nicht zur Verfügung steht. Ich meine, dass man diese Wahrheiten wieder vortragen können muss. Das soll auch die letzte Schelte für heute sein. Mich hat sehr gestört, dass die neue Bundesregierung als erste Maßnahme – bei allem Respekt für die Mütter- und Vätergeneration – in bestimmten Ausnahmen wieder die Rente mit 63 eingeführt hat. Das war nicht das richtige Signal auch an die anderen in Europa, um die Wettbewerbsfähigkeit als starkes Land – und Deutschland ist ein starkes Land in Europa – zu stützen.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Auch im Kontext mit den Partnern natürlich, denen man etwas anderes predigt. Das kommt

noch erschwerend hinzu. – Aber, Herr Dittrich, Sie wollten einhaken.

Dr. Jörg Dittrich:

Ich möchte gern an Herrn Leitermann anschließen, weil das sehr gut dazu passt.

Wir haben Fehlallokationen oder Investitionen, die durch den niedrigen Zins gefördert werden, von denen man gar nicht weiß, ob die etwas bringen. Auf der anderen Seite verdeckt das momentan ein bisschen die Probleme. Gerade im Bauhandwerk haben alle gut zu tun, weil es dort eben Investitionen gibt. Es kommt aufgrund des sicheren Rechtssystems sehr viel Geld aus anderen Ländern hierher. Dann glaubt man, das ist ja eigentlich ganz gut. Das verdeckt aber genau das angesprochene Thema, wir müssten jetzt von der Politik etwas fordern. Das haben Sie, Herr Breuer, auch noch einmal gesagt.

Ich möchte aber heftig Wasser in den Wein gießen. Es ist nicht die Politik. Ich glaube auch nicht, dass die wegen drei oder vier Jahren so handeln. Die Politiker fragen doch auch, was sie nach vier Jahren machen sollen. Die wollen doch in Wahrheit wiedergewählt werden, was man auch verstehen kann, wenn man diesen Beruf ausübt.

Es ist ein Fakt, wir haben keine Mehrheiten für Fleiß und Sparsamkeit. Wie müssen wir also durch die Gegend gehen, um Menschen davon zu überzeugen, dass es anders wird? Ich erinnere mich an Gespräche mit unseren französischen Freunden, die sagen, dass ihr größtes Problem die 35-Stunden-Woche ist, die dort gesetzlich vereinbart wurde. Die jungen Familien wollen nicht mehr arbeiten. Die sagen, nein, das reicht uns, es ist gut so.

Was soll jetzt der Politiker machen? Der kann es ja gar nicht ändern, wenn der Souverän das anders sagt. Deswegen kann ich nur feststellen: Das mit der Rente mit 63 ist natürlich das absolut falsche Signal. Ich möchte aber auf die Folgen kommen und fragen, was jetzt eigentlich passiert. Unsere Politiker, die wir wählen – ich bin in keiner Partei, nebenbei gesagt –, müssen sagen, wir brauchen Wachstum. Jetzt können wir noch sagen, ob das Wachstum quantitativ oder qualitativ ist. Darüber können wir große Abhandlungen

machen. Gibt es das überhaupt? Ich bin kein Wissenschaftler in der Richtung.

Aber wir brauchen Wachstum. Jetzt werden wir feststellen, mit Sparsamkeit und Fleiß bekommen wir das nicht hin. Also versuchen wir es ordnungspolitisch. Wenn wir dann die Transparenzinitiative der EU überstanden haben werden, steht der Meisterbrief wieder zur Disposition, weil irgendjemand kommt und sagt, darüber bekommen wir Wachstum. Da haben wir nämlich einmal Aktionismus gemacht. Diese Sorge habe ich. Man könnte sagen, das sei ein bisschen weit her geholt. Aber was hat null Prozent Zinsen für das Handwerk für Folgen? Das ist eine Sorge, die mich umtreibt.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

In Deutschland haben wir noch ein Wachstum. 1,5 Prozent ist die Zahl, die wir für das letzte Jahr jetzt in die Bücher schreiben können. Das ist eine schöne Zahl.

Schön war auch die Überraschung – vielleicht war es auch keine –, Frau Welter, dass der Bundesfinanzminister ein Jahr früher als geplant seit den 60er-Jahren das erste Mal wieder einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen konnte. Jetzt einmal Hand aufs Herz: Wie viel Anteil hatte er oder die Politik oder die berühmte Sparsamkeit dieser Regierung daran bei Rekordsteuereinnahmen und vor allen Dingen bei null Zinsen? Wenn man sich als Finanzminister zu null Zinsen verschulden kann, muss man dann applaudieren zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung?

Prof. Dr. Friederike Welter:

Nun bin ich keine Makroökonomin, aber da muss man sicherlich nicht applaudieren, wenn man etwas einstreicht, was sozusagen Jahre oder Jahrzehnte vorher erwirtschaftet wurde.

Hier sind ein paar Punkte angesprochen worden, die mir nun schon eine ganze Zeit im Kopf herumgehen. Wir reden immer darüber, was jetzt gemacht werden muss oder was im nächsten oder übernächsten Jahr gemacht werden muss. Hier werden aber auch immer wieder Punkte



angesprochen – Herr Dittrich hat es gerade eben gesagt, Herr Leitermann hat es erwähnt – wie die Altersvorsorgewilligkeit. Es ist gefragt worden, ob es die heute überhaupt noch gibt, möchte überhaupt noch jemand mehr als 35 Stunden arbeiten. Wir haben darüber gesprochen, es gibt die Soloselbstständigen – mehr und mehr auch im Mittelstand –, die unter Umständen auch gar nicht mehr wachsen wollen. Für mich schließt sich an diese ganze Diskussion die Frage an, ob wir nicht vor einer systemischen Veränderung stehen.

Sie mögen jetzt sagen, das sei eine wissenschaftliche Frage. Ich finde aber, dass es eine wichtige Frage ist, einmal zu überlegen, ob es in Zukunft diesen Zins, den es nicht mehr gibt – worüber wir heute reden –, tatsächlich nicht mehr gibt, ohne darauf eine Antwort zu haben, was dann eigentlich passiert, ob wir wieder zu Muschelgeld zurückgehen und demnächst eine Kette haben, wo wir unsere Muscheln abzählen.

Mich treibt das um. Wir reden darüber, als wenn wir davon ausgehen, dass im nächsten oder im übernächsten Jahr tatsächlich wieder ein realer positiver Zins herrscht. Wie wäre es denn, wenn wir einmal darüber redeten, was wir machen, wenn die Situation so bleibt, was passiert denn dann mit dem Mittelstand und dem Handwerk?

(Beifall)

Dr. Jörg Dittrich:

In der Maslowschen Bedürfnispyramide kommt Essen und Wohnen vor – das hat etwas mit dem

Handwerk zu tun –, aber Zins ist da, glaube ich, nicht drin.

(Heiterkeit)

Ulrich Leitermann:

Ich sagte, wir haben einen langfristigen Sparprozess. Ich vertrete hier ja auch die Versicherungswirtschaft. Wir kennen das Phänomen doch, dass ein 30-Jähriger zu uns kommt und eine Rentenversicherung abschließt. Wir wissen heute, der wird vermutlich 80, gegebenenfalls auch älter, wenn er Glück hat. Zumindest nach der Wahrscheinlichkeit und den Sterbetafeln kann er das Alter erreichen. Das ist also ein Sparprozess von 50 Jahren.

Selbst wenn wir die nächsten fünf Jahre einen Nullzins haben – ich glaube nicht daran –, wir kennen Zinsrückgänge seit vielen Jahren, aber wir hatten auch schon andere Zeiten. Sehen wir über 100 Jahre zurück, stellen wir fest, es gab immer einen Zins. Es gab immer zinsschwache Zeiten – nicht so extrem wie jetzt –, aber es gab auch immer Zeiten, in denen ein vernünftiger Zins erwirtschaftet und bezahlt worden ist.

Erinnern wir uns: In den 80er-Jahren hatten wir Hypothekenzinsen, die bei elf und zwölf Prozent lagen. Das würde ich mir heute nicht wünschen. Man muss ja nicht gleich ins andere Extrem verfallen.

Selbst wenn wir die nächsten drei, vier oder fünf Jahre diese Lage haben, so stellen wir uns als Versicherungswirtschaft durchaus darauf ein.

Das führt aktuell auch zu ein paar gravierenden Veränderungen in unserer Branche, weil bewusst wird, dass wir über einen längeren Zeitraum mit diesen niedrigen Zinsen agieren und leben müssen. Wir haben aber – da unterscheiden wir uns, Herr Breuer, von den Banken – in den Versicherungen eine Situation, dass wir schon vor 10, 15, 20 Jahren keine Scheu hatten, Wertpapiere zu kaufen, die 20, 25, 30 Jahre Laufzeit haben. Wir haben Staatsanleihen mit 40 Jahren Laufzeit in den Büchern. Insofern bin ich zwar nicht entspannt, aber noch nicht in Panik, wenn wir noch ein paar Jahre einen niedrigen Zins haben. Wir müssen nur alle akzeptieren, dass Versprechen und Inaussichtstellungen von vor zehn Jahren heute anders ausfallen, weil sich der Zins verändert hat.

Bei den Sparprodukten blenden wir diese Niedrigzinsphase aus und sagen: Verdammt nochmal, wieso sind die Zinsen so niedrig und warum bekomme ich nicht mehr Geld für mein Ersparnis. Das ist nun einmal eine Folge dieser Niedrigzinspolitik. Ich kann das auch nicht ändern. Aber es gibt aktuell immer noch im Versicherungsbereich – gar nicht nur auf unser Haus bezogen –, über die gesamte Branche, eine Überschussbeteiligung von 3,5 bis 4 Prozent. Das wird sich in den nächsten Jahren sicherlich weiter reduzieren, aber wir sind da immer noch relativ gut im Vergleich zu der Niedrigzinspolitik. Das geht aber nur, wenn man ein langfristiges Modell hat, auch eine langfristige Verpflichtungsstruktur – das ist ein Spezifikum der Versicherungswirtschaft – und wenn man eben auch langfristig Gelder angelegt hat.

Dann kann man durch eine solche Phase durchaus hindurchkommen. Dabei setze ich schon darauf, dass wir in fünf oder zehn Jahren wieder deutlich höhere Zinsen haben. Deswegen plädiere ich dringend dafür: Wir müssen den Leuten klarmachen, ohne Sparprozess geht es nicht, egal wie hoch die Zinsen sind. Irgendwann wird der Zinseszinsseffekt auch wieder greifen.

Ich habe keine Antwort darauf, wenn Sie sagen, wir sollten uns auf 50 Jahre null Zinsen einstellen. Wie soll Altersvorsorge funktionieren, wenn die Leute nicht bereit sind, etwas auf die Seite zu legen. Ich weiß nicht, wovon sie in einer Phase, in der sie kein Activeinkommen mehr haben, noch leben sollen. Es geht also nicht ohne An-

strengung. Es geht auch nicht, ohne einen in irgendeiner Form vollzogenen Sparprozess. Dann müssen die Zinsen aber wieder kommen. Aber wir müssen uns einfach daran gewöhnen, dass es weniger wird. Es wird eben nicht mehr sieben oder acht Prozent Zinsen geben, sondern es wird auch über einen langen Zeitraum weniger, auch über lange Laufzeiten. Aber der Zins wird wieder kommen. Wer dann jedoch keinen Kapitalstock hat oder nicht die Möglichkeit, die Immobilien, die er einmal erworben hat, vielleicht wieder in eine andere Vermögensanlage zu bringen, der hat natürlich ein ernsthaftes Problem.

Wir werden aus meiner Sicht folgende Situation bekommen: Es wird welche geben, die vermögend sind – entweder haben sie eine Immobilie oder sie waren in der Lage, neben ihrer Vermögenswilligkeit auch die Vermögensfähigkeit abzubilden und einen entsprechenden Kapitalstock aufzubauen. Die müssen dann aus ihrer privaten Vorsorge leben. Wir müssen aber als Wohlfahrtsstaat, den wir nun einmal auch abbilden, ebenfalls in der Lage sein, für diejenigen, die diese Willigkeit zwar hatten, aber nicht die Fähigkeit, etwas zu tun. Nur können wir nicht für alle etwas tun. Das gibt das Steueraufkommen nicht her.

Sie haben vollkommen recht, Schäuble hat in großem Maße davon profitiert; mindestens 45, 50, wenn nicht gar 60 Milliarden Euro sparen wir pro Jahr im Staatshaushalt durch den niedrigen Zins. Daran hat natürlich der Finanzminister ein Interesse. Deswegen muss man eigentlich sagen, dass eine Nettoneuverschuldung von null viel zu wenig ist. Der Anspruch hätte ein völlig anderer sein müssen. Er hätte eigentlich tilgen und die Verschuldung zurückführen müssen, damit auch wieder Luft geschaffen wird für die Zukunft, Anreizsysteme gerade in solchen Phasen zu schaffen, wo es die Wirtschaft zulässt, private Altersvorsorge zu unterstützen, damit die, die fähig sind, es auch tatsächlich tun, gegebenenfalls sogar in viel stärkerem Maße, als sie es tun müssten, um den anderen, die diese Fähigkeit nicht haben, die Chance zu geben, aus Transferleistungen im Alter dann auch bedient zu werden. Das ist unsere gesellschaftspolitische Aufgabe, und der kommen wir im Moment überhaupt nicht nach.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Wir haben den ifo-Chef Hans-Werner Sinn in einem Interview einmal gefragt – Ihre Frage, Frau Welter, sozusagen vorwegnehmend –, kann man sich eine Welt dauerhaft ohne Zins überhaupt vorstellen. Darauf sagte er, dass dann die Immobilienpreise theoretisch unendlich sein müssten. Herr Vöpel, mich interessiert, ob das überhaupt stimmt. Wenn ja, dann ist die Bundesbank vielleicht noch viel zu vorsichtig und viel zu früh gekommen, wenn sie jetzt schon vor einer Immobilienpreisblase in einigen Städten warnt. Dann sind wir vielleicht sogar erst am Beginn des Aufpumpens einer viel größeren Blase, von der man natürlich immer erst im Nachhinein weiß, ob es eine war.

Prof. Dr. Henning Vöpel:

Herr Sinn hätte recht, wenn der jetzt beobachtete Zins ein Marktzins wäre. Tatsächlich ist der Zins, den wir beobachten, künstlich unter den hypothetischen Zins gesetzt, den niemand beobachten kann.

Natürlich werden wir – Sie haben völlig recht, Herr Leitermann – nie wieder das Zinsniveau erleben, das wir in den letzten zehn, zwanzig Jahren hatten. Das liegt daran, dass wir viele alternde Gesellschaften haben. Die sparen natürlich. Das heißt, das Angebot an Ersparnis ist weltweit sehr hoch. Gleichzeitig fehlen die Investitionsmöglichkeiten. Die hohen Renditen sind in der Globalisierung im Grunde abgefrühstückt. Das waren die tief hängenden Früchte. Aber jetzt wird es schwerer, noch hohe Renditen in der Welt zu verdienen. Gleichzeitig haben wir eine hohe Ersparnis. Das führt dazu, dass wir in den nächsten zehn, zwanzig Jahren, bis wir auf dem Höhepunkt des demografischen Wandels sind, eher niedrige Zinsen sehen werden.

Ich darf noch einmal zu Schäuble und der schwarzen Null kommen: Bislang hat Deutschland und die deutsche Volkswirtschaft gespart, indem wir mehr exportiert als importiert haben. Das heißt, wir haben Forderungen gegenüber dem Ausland aufgebaut, wir haben mehr Güter exportiert, als wir bekommen haben. Dafür haben uns die ausländischen Volkswirtschaften Wertpapiere gegeben. Auf dem Papier stand, ir-

gendwann könnt ihr das mal einlösen. Vieles davon haben wir abschreiben müssen. Ich plädiere dafür, dass wir unsere eigene Ersparnis real nutzen, um auch in den heimischen Kapitalstock wieder stärker zu investieren. Es gibt genügend Möglichkeiten: die digitale Infrastruktur, die Verkehrsinfrastruktur, Bildung und Technologie. Alles das sind Möglichkeiten, auch für die heimische Volkswirtschaft die Arbeitsproduktivität zu stärken, weil das Produktivitätswachstum in den letzten Jahren deutlich geringer gewesen ist als noch davor. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die Stärkung der Arbeitsproduktivität des heimischen Kapitalstocks ganz entscheidend wichtig. Insoweit sehe ich die schwarze Null von Schäuble so – ich verstehe, dass das ein bestimmter politischer Ehrgeiz ist –, dass sie Luft auch für notwendige öffentliche Investitionen gibt.

Prof. Dr. Friederike Welter:

Herr Vöpel, Sie sagten gerade, es gebe zu wenig Investitionsmöglichkeiten, wenn man sein Ersparnis auch ein Stück weit gewinnbringend anlegen möchte.

Ich möchte das jetzt einmal, mit etwas ganz anderem verbinden: Wir wissen, dass die Deutschen sehr risikoavers investieren. Wenn man das von der Seite des Gründungsgeschehens, des neuen entstehenden Mittelstandes betrachtet, wissen wir aber auch, dass immer wieder darüber geklagt wird, dass wir in Deutschland im Grunde genommen keinen Risikokapitalmarkt haben, keinen Business-Angels-Markt haben. Man könnte doch im Grunde genommen auch einmal hingehen und überlegen, dass es da Investitionsmöglichkeiten gibt. Es gibt genügend interessante Gründungen, nicht nur im Handwerk, sondern auch in anderen Wirtschaftsbereichen.

Gibt es nicht eine Möglichkeit, das deutsche Wesen ein wenig dazu zu bewegen, vielleicht einmal in junge Unternehmen, in Neugründungen zu investieren? Da gäbe es wirklich noch Investitionsmöglichkeiten.

Prof. Dr. Henning Vöpel:

Da stimme ich absolut zu. Ich meine, die amerikanische Volkswirtschaft ist deshalb so dynamisch, weil da permanent Geschäftsmodelle getestet werden. Man ist auch nicht stigmatisiert, wenn man einmal scheitert, sondern die zehnte Unternehmensgründung klappt vielleicht, neun gehen gegen die Wand, die letzte geht durch die Decke, und man hat es geschafft.

Moderator Holger Steltzner:

Aber es gibt auch in Deutschland eine lebhaftere Gründerszene: in Berlin, in Köln, in München. Aber diese Finanzierung direkt danach ist immer schwierig, hören wir. Ich weiß nicht, ob diese Aussicht, die Renditechancen sind jetzt dauerhaft nicht mehr so hoch, richtig ist. Wenn ich mir überlege: Kodak ist eine 150 Jahre alte Firma gewesen, die die Familie einmal reich gemacht hat, 150.000 Beschäftigte hatte, die innerhalb von zwei Jahren weg war als Instagram kam. Die ist dann für 18 Milliarden Dollar von einem Internetgiganten übernommen worden, der selbst auch nur sieben oder acht Jahre alt war. Da werden innerhalb kürzester Zeit Vermögen aus dem Nichts mit Ideen, mit digitalen Produkten, mit Angeboten aufgebaut über Renditen, von denen man in der Vergangenheit nur träumen konnte. Ist es wirklich so, dass es diese Investitionschancen in der Welt nicht mehr gibt? Es gibt doch noch Milliarden Menschen, die eigentlich nach Entwicklung und Wohlstand hungern. Ganze Kontinente könnte man da nennen.

Ulrich Leitermann:

Ich sitze hier ja auch als institutioneller Anleger. Unsere Gruppe managt etwa 60 Milliarden Euro. Genau diese Fragen stellen sich uns sicher. Also zu glauben, wir wären nur in festverzinslichen Wertpapieren und hätten nur das Zinsproblem, das ist natürlich ein Irrglaube. Das ist der Vorzug bei bestimmten Produkten aus der Versicherungswirtschaft, wo ich mir immer die Frage stelle, warum man so über die Lebensversicherung schimpft. Eines hat die Lebensversicherung durchaus als Positives gegenüber anderen Anlageprodukten – dabei ist es eigentlich nicht das klassische Anlageprodukt, sondern eigentlich

steht mehr die Vorsorge und die Absicherung von Risiken im Vordergrund –, eines macht die Versicherungswirtschaft natürlich schon aus: ein breit diversifiziertes Portfolio. Frau Welter, darin sind natürlich Private-Equity-Investitionen enthalten. Unser Haus hat mehr als eine Milliarde Euro Vermögenswerte in Private-Equity-Gesellschaften. Wir investieren durchaus namhaft im dreistelligen Millionenbereich in Infrastruktur. Das trägt man jetzt nicht jeden Tag in die Zeitung, weil die Versicherungswirtschaft so miesgemacht wird in den Medien...

(Moderator Holger Steltzner räuspert sich!)

Herr Steltzner, sehen Sie mir das nach. Es ist leider so. Wir als Lebensversicherungsbranche leiden massiv darunter. Das muss einmal gesagt werden.

(Holger Steltzner: Ich suche ein Taschentuch! – Heiterkeit)

Ich gebe Ihnen gern eins.

Das führt dazu, dass solche Sachverhalte wie die Portfoliodiversifikation nicht wirklich wahrgenommen werden. Aber es ist so.

Viele Unternehmen der Versicherungswirtschaft sind in der Lage, eine Rendite zu erwirtschaften. Sie werden es in den Bilanzen dieses Jahr sehen, wobei ein Teil aus den Bewertungsreserven kommt. Aber wir reden immer noch über eine Nettoverzinsung von über vier Prozent im letzten Jahr in der Branche. Das kommt natürlich nicht nur aus deutschen Staatsanleihen. Das muss allen klar sein. Das kommt zum einen aus langfristigen früheren Anlagen, aber es kommt auch aus alternativen Investments. Wir haben im Private-Equity-Bereich eine Situation, dass wir aus solchen Investments durchaus zweistellige Renditen generieren.

Ich bin allerdings bei Ihnen. Da kann mehr passieren. Da muss auch mehr geschehen. Allerdings: Die Risikoertragsprofile stimmen leider nicht so überein. Es ist auch im Infrastrukturbereich so, dass viele Initiatoren von Infrastrukturprojekten die Chance nutzen, indem sie sagen, da gibt es eine Branche, die auf viel Geld sitzt, die ist plötzlich mit deutlich weniger Rendite zufrieden. Dann stimmt das Risikoertragsprofil nicht mehr. Wir sind alle Treuhänder für Kundengelder. Wir

müssen auch das Risiko noch einschätzen. Wir können nicht jedes Investment, auf dem vier Prozent steht, machen, nur weil die vier Prozent verlockend sind, wenn man sich das Risiko richtig ansieht und sagen muss, das Ausfallrisiko ist unverhältnismäßig hoch und wird durch diesen Zins nicht vernünftig repräsentiert.

Ja, wir investieren, aber man muss sehr genau auf die Investments achten. Es fehlt aber vielleicht – da bin ich bei Ihnen – ein bisschen der Mut, in Venture Capital noch mehr zu investieren, also in die ganz jungen Unternehmen. Sie investieren in hundert, wenn es mit fünf Unternehmen gut geht, haben sie schon ein gutes Portfolio. Als Versicherungswirtschaft sind wir dafür nicht die richtigen, weil wir diese Risiken für unsere Versicherungsnehmer nicht eingehen können, insbesondere dann nicht, wenn die Erträge, die aus anderen Vermögensanlagen zu generieren sind, eben auch nach unten gehen. Das war früher ein Risikopuffer.

Insofern führt der niedrige Zins auch dazu, dass unsere Risikopuffer zurückgehen und wir weder in Aktien noch in Private Equity in dem Maße investieren können, wie wir es gerne täten. Wir sind da anlagentechnisch Restriktionen unterworfen, die auch wieder zinsinduziert sind. Aber der Wille ist schon da. Ich bin bei Ihnen – das zeigt sich auch quer durch die institutionelle Welt –, wir wollen alle mehr in Infrastruktur investieren, und wir wollen auch mehr in Private Equity und damit auch in junge aufstrebende Unternehmen investieren, eben gerade auch in die Unternehmen der neuen Welt oder der digitalen Welt.

Michael Breuer:

Ich darf etwas anfügen: Sie haben eben gesagt, Versicherung und Kreditwirtschaft unterscheiden sich da. Ich will mich auch outen. Wir sind Sparkassen und versorgen die mittelständische Wirtschaft. Aber wir haben natürlich als Sparkassenfamilie wesentliche Beteiligungen in Versicherungen. Wir halten zusammen mit den Rheinland-Pfälzern zwei Drittel an der rheinischen Provinzial. Die Kollegen in Westfalen haben die westfälische Provinzial. Wir haben also große Beteiligungen, große Tochtergesellschaften im Versicherungsbereich. Wir vertreiben Versicherungen für sie auch in unseren Sparkassen.

Es ist nicht das Problem, dass wir nicht Bündelfunktionen in Deutschland haben, wo der Kleinanleger über einen Bausparvertrag oder über einen Lebensversicherungsvertrag nicht mittelbar dafür sorgt, dass Investitionen gefördert werden, sondern – Herr Leitermann hat das sehr zutreffend formuliert – es ist eher das Problem, dass die Niedrigzinsphase und die entsprechenden Regularien dazu führen, dass die institutionellen Anleger für ihre Kundschaft eher gebremst werden, in die Infrastruktur zu investieren. Das ist ein Punkt, der nicht so richtig diskutiert wird.

Man wird überlegen müssen, wie man Venture Capital für den einzelnen Privatanleger attraktiv machen kann. Gibt es da Anleihen und gibt es dafür einen Kapitalmarkt? Das ist sehr angelsächsisch. Wir haben eigentlich in Europa und vor allem in Deutschland dieses Problem nicht, weil wir – ich sage einmal – noch eine Kultur des Sparens haben – beim Bausparen, beim Lebensversicherungssparen –, wo wir typisch deutsche Produkte so verwenden, dass sie über die Bündelfunktion mit relativ harten und strengen Vorgaben wieder der Infrastruktur und der Volkswirtschaft zugeführt werden. Das machen die Versicherer. Die Banken leisten einen Teil davon, aber den wesentlichen Teil macht bei uns die Versicherungswirtschaft. Das klappt eigentlich ganz gut.

Der Staat macht das im Moment nicht. Das ist so. Der Staat zieht sich ein Stück weit zurück, obwohl er das aus meiner Sicht könnte. Das heißt nicht, dass man deswegen Schulden machen muss. Ich denke, man muss schon auch ein Beispiel geben und sagen, wir organisieren Investitionen in die Infrastruktur der Bundesrepublik Deutschland oder auch in Nordrhein-Westfalen. Das vorzutragen, ob es hier Bedarf an Infrastruktur gibt, fällt mir leicht, weil ich immer aus der Voreifel nach Düsseldorf über Köln-West oder Köln-Nord komme. Ich muss jede Menge Brücken – nicht über sieben Brücken – passieren. Noch mehr wird Herr Dittrich bewältigen. Wir sehen aber schon, dass die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland jede Menge Investitionsbedarf hat.

Sie haben gefragt, was passiert, wenn der Nullzins 50 Jahre bleibt. Wenn man schaut, ist der Zins nicht das alleinige Kriterium, wenn man

Investitionen anreizt. Es gibt in der Historie Phasen von Jahrhunderten, wo in Religionen das sogenannte Zinsverbot – im Mittelalter gab es das kanonische Zinsverbot; auch andere Religionen haben das mit dem Zinsverbot gehabt – galt. Letztendlich geht es darum, dass man nicht ohne Risiko Geld von jemanden verlangen kann, sondern dass man den Erfolg der Investitionen teilt. Das ist in allen Religionen – übrigens auch vor dem kanonischen Zinsverbot – so gewesen. Das heißt nichts anderes, als dass man jemand das Geld anvertraut, der etwas erwirtschaftet, zum Beispiel eine Immobilie, eine Infrastrukturmaßnahme, eine Förderung eines Unternehmens. Aus der Geschäftsidee zahlt er dann wieder zurück, und er bekommt auch den entsprechenden Unternehmensanteil mit Gewinnanteil. Ich denke, es ist nicht nur das Thema der Niedrigzinsen.

Ich bin dann wieder beim Sparen: Derjenige, der 100 Euro zur Verfügung hat, muss überzeugt werden, dass die null Zinsen nicht dazu führen dürfen, dass er die hundert Euro jetzt in den Konsum steckt, sondern dass er eigentlich im Vergleich zu demjenigen, der gestern noch höhere Zinsen hatte, mehr für die Altersversorgung auf die Seite legen muss und nicht weniger. Das ist eine Aufgabe der Gesellschaft und der Politik, das denjenigen auch noch einmal vorzutragen.

Moderator Holger Steltzner:

Aber das ist auch eine Zinsfunktion, dass derjenige für Verzicht belohnt wird. Das wird ins Gegenteil verkehrt, indem man durch negative Zinsen die Ungeduld belohnt, weil sie auch mehr privaten Konsum intendiert. Das ist das Gegenteil von Vorsorge.

Über die Immobilien würde ich gern noch einmal sprechen, weil wir jetzt die Vorsorge ansprechen. Frau Welter, wir hören aus Unternehmen immer wieder, ein Riesenproblem sind die Pensionsrückstellungen. Die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen gehen sprunghaft nach oben, weil die Zinsen dafür sorgen, dass man das, was man später auszahlt, heute schon brutto für netto, nämlich nahezu voll und ganz zurücklegen muss. Viele Unternehmen ächzen darunter. Wie geht der Mittelstand damit um? Ist das auch ein Problem für das Handwerk? Ich kann mir das lebhaft vorstellen. Mein Bruder ist

in dieser Lage. Da ist dann auch eine Firma mit Pensionsrückstellungen für einen Inhaber praktisch unverkäuflich, um das einmal so deutlich zu sagen. Wie gehen also die Unternehmen, die Handwerker, wie geht der Mittelstand mit dieser Herausforderung um?

Große Firmen lagern das aus. Dazu können vielleicht noch einmal die Vertreter der Versicherungen oder Banken etwas sagen. Dann kann man einen Teil – oder vielleicht sogar völlig – der Risiken auslagern, die Kosten natürlich nicht. Aber vor allem: Wie geht der Mittelstand und wie geht das Handwerk mit diesen Pensionsrückstellungen um? Frau Nahles – dazu haben wir heute einen kleinen Artikel in der Zeitung – hat gesagt, über fünfzig Prozent der deutschen Unternehmen bieten betriebliche Altersvorsorge an. Sie möchte diesen Anteil noch sehr stark erhöhen. Das ist ja für die Unternehmen ein zweischneidiges Schwert.

Prof. Dr. Friederike Welter:

Dazu muss man sagen, dass das natürlich nicht den gesamten Mittelstand betrifft, sondern das sind vor allen Dingen die größeren Unternehmen, die dann wirklich auch Betriebsrenten anbieten. Das Problem ist hierbei, dass in der Vergangenheit sehr häufig in Bundesanleihen investiert wurde, weil man gesagt hat, die werfen ausreichend Rendite ab. Damit kann ich dann auch noch eine zusätzliche Betriebsrente als Mittelständler anbieten. Bei den Bundesanleihen sind – das wissen wir alle – die Renditen und die Zinssätze enorm gefallen.

Das ist für den Mittelstand, für diejenigen, die Betriebsrenten anbieten – wie gesagt, es sind vor allen Dingen die größeren Unternehmen –, ein echtes Problem, weil sie sehen müssen, wie sie diese Betriebsrenten, die sie zugesichert haben – nehmen wir einmal an, in zehn Jahren, müssen sie sie auszahlen –, tatsächlich noch auszahlen können.

Wir sind bei den hundert Euro, die der Einzelne im Monat zurückgelegt, und hier haben wir das eben potenziert. Wir sind bei einem mittelständischen Unternehmen, bei dem wir darüber reden, wieviel zusätzlich zurückgestellt werden muss,

damit im Prinzip die Betriebsrente ausgezahlt werden kann.

Ich habe im Vorfeld, weil ich mir dachte, dass diese Frage kommen könnte, versucht, einige Zahlen zu finden. Wir haben keine Zahlen für den Mittelstand. Im Grunde genommen gibt es nur Zahlen für die großen DAX-Unternehmen. Es wäre einmal eine ganz interessante Untersuchung, bei den größeren Mittelständlern zu schauen, inwieweit sie das betrifft und wie groß das Volumen tatsächlich ist. Aber, wie gesagt, das betrifft nicht den gesamten Mittelstand.

Moderator Holger Steltzner:

Wie ist das im Handwerk?

Dr. Jörg Dittrich:

Ich kann Ihnen die Frage für das Gesamthandwerk nicht beantworten. Wie Sie wissen, komme ich aus einem Bundesland, wo vor 25 Jahren die Uhren auf null gestellt wurden. Damals hatten natürlich die Betriebe erst einmal finanzielle andere Aufgaben, als zu sagen, ich mache jetzt eine Pensionszusage. Mir sind auch aus Sachsen Fälle bekannt, aber ich vermute ganz stark, dass es anderen Bundesländern ein wesentlich größeres Thema ist als bei uns in Sachsen.

Ulrich Leitermann:

Ich bin dankbar, dass das Thema aufgerufen worden ist, weil da, wie ich denke, einiges an Aufklärungsarbeit zu leisten ist. Das ist nämlich nicht nur eine Frage dessen, was die Unternehmen als Gegenposition zu ihrer Pensionsrückstellung auf der Aktivseite an Anlagemöglichkeit haben. Das ist ein Teil. Viel gravierender ist das, was auf der Passivseite passiert.

Allein aufgrund der Zinsentwicklung, die wir haben, und der prognostizierten Zinsentwicklung – wir reden immer über einen Sieben-Jahres-Durchschnittszins –, gilt, mit jedem weiteren Jahr der Niedrigzinsphase wird die Zinszuführung zu den bereits vorhandenen Pensionsrückstellungen – darin ist kein einziger Euro an Mehrzusagen enthalten – höher, in den nächsten Jahren

sind etwa zwei Drittel des heutigen Gesamtvolumens zusätzlich an Pensionsrückstellungen zu stellen. Ich rede jetzt rein von den handelsbilanziellen Folgen. Dazu kommt ein Effekt, der gerne unterschätzt wird – vielleicht wird er auch nicht gesehen –, aber den man viel konsequenter an die Politik herantragen muss: Wir haben hier nämlich einen massiven Steuereffekt, der zusätzlich belastet.

Erinnern Sie sich: Wir haben 2009/2010 das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) eingeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Handelsbilanz und die Steuerbilanz bezüglich der Pensionsrückstellungen identisch. Wir zinsen heute noch in der Steuerbilanz die Pensionsrückstellung mit sechs Prozent ab. In der Handelsbilanz waren es zum Jahresende 2014 4,54 Prozent. Die Prognose für das Jahr 2015 steht bei 3,92 Prozent. Im Jahr 2018 werden es 2,58 Prozent sein. Das führt dazu, dass sich eine Pensionsrückstellung, die heute in den Bilanzen steht, bis zum Jahr 2018 nahezu verdoppelt.

Die Diskrepanz zwischen Steuerbilanz und Handelsbilanz wird so sein, dass etwa die Hälfte der Pensionsrückstellung des Jahres 2018, die man in der Handelsbilanz stehen hat, in der Steuerbilanz steht. Die ganzen zwischenzeitlichen Zuführungen erfolgen ohne steuerliche Wirkung. Das heißt, diese Zuführungsbeträge können die Betriebe nicht als Betriebsausgabe mit steuerlicher Wirkung geltend machen. Das ist der eigentliche Skandal.

Die Politik sorgt durch Einflussnahme dafür, dass der Zins niedrig ist und negiert genau diese Entwicklung, wenn es darum geht, in den Betrieben Pensionsrückstellungen zu bilden. Dort fordert man sechs Prozent, weiß genau, dass das nie und nimmer zu erwirtschaften ist, und Frau Nahles geht dann noch hin und sagt, wir müssen genau dieses System noch stärken. Da passt überhaupt nichts zusammen.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das einmal so deutlich sagen. Wenn Sie möchten, Herr Leitermann, dann machen wir dazu auch gern ein-

mal ein Interview. Sie werden dann sehen, dass wir auch gerne etwas mit Versicherungsvertretern besprechen.

(Heiterkeit)

Ulrich Leitermann:

Wenn es nützt, um die Lösung von Problemen anzugehen, bin ich dazu gerne bereit – zu allen Schandtaten.

Bei den DAX-Unternehmen – das könnte auch die Entwicklung der Aktienkurse beeinflussen – muss man im Auge haben, dass es für diese ein viel größeres Problem ist. Egal ob ausgelagert oder nicht, das Problem bleibt. Sie müssen – auch wenn sie CTAs und anderes gemacht haben – die Verpflichtungen erfüllen. Das heißt, die Belastung bleibt in den Bilanzen der Unternehmen. Das ist ein massiver Druck auf die Ertragslage.

Jetzt haben wir eine Verschlechterung der Wettbewerbssituation. Wir haben bei Weitem nicht mehr das Wachstum. Investiert wird im Zweifelsfall noch im Ausland, weil dort mehr Vertrauen herrscht und die Investitionen vielleicht auch noch anders unterstützt werden. Dann haben wir diese Zinssituation in Deutschland und einen massiven Druck durch die zusätzliche Bildung von Pensionsrückstellungen. Da können Sie Altersversorgungssysteme geschlossen haben. Auch wir haben unsere Systeme geschlossen. Es hilft nur nichts. Die Verpflichtungen hat man. Diese Verpflichtungen fliegen den Unternehmen um die Ohren. Das ist ein massiver Druck auf die Ertragslage. Das wird sich auf den Aktienmarkt aus meiner Sicht auswirken.

Prof. Dr. Friederike Welter:

Zu den DAX-Unternehmen habe ich sogar ausnahmsweise eine Zahl. Bei den 30 DAX-Unternehmen ist im Vergleich zu 2008 der aktuelle Wert der Betriebsrenten um 86 Prozent gestiegen.

Ulrich Leitermann:

Und das, obwohl wir relativ wenig Effekt bisher hatten. Die Effekte kommen 2014, massiv 2015

mit etwa 62 Basispunkten, und in den Folgejahren mit jeweils 55 Basispunkten und dann weiter mit um die 40 Basispunkten. Da können Sie hochrechnen, was das bedeutet, und das dann gegen die Ertragslage rechnen. Dann kann man nur hoffen, dass die Unternehmen richtig gute Ertragslagen haben.

Moderator Holger Steltzner:

Mit so einer trüben Aussicht können wir natürlich nicht in die Schlussrunde gehen. Da muss ich mir noch einmal irgendetwas Optimistischeres einfallen lassen.

Denken wir alle einmal zurück: Viele sind wahrscheinlich mit Manfred Krug an die Börse gegangen und haben Telekom-Aktien gekauft. Heute ist die Stimmung wie damals, als man über Telekom-Aktien nach dem Motto „Gehst du auch, gehe ich auch“ gesprochen hat. Heute redet man fast nur noch über Immobilienpreise, über Zinsen. Wenn man einmal eingeladen ist, fragt man sich aus dem Gefühl, ob man noch zur Miete wohnt. Ich will fragen: Diesen Leuten bringt der Nullzins auch Vorteile. Sie können mit derselben Annuität einen viel größeren Kredit aufnehmen und sich damit auch ein größeres Haus leisten. Da fragt man sich: Verführt das zum Risiko? Ist es ein Segen, dass man sich einfach mehr leisten kann, oder kaufen sich die Leute vermehrt Häuser, die sie sich eigentlich gar nicht leisten können?

Prof. Dr. Henning Vöpel:

Das ist tatsächlich so. Im Grunde war der Auslöser der ganzen Krise die Subprime-Krise in den USA. Dort ist genau das geschehen. Die FED hat zu Beginn der 2000er-Jahre die Zinsen dort sehr niedrig gehalten. Gleichzeitig gab es ein staatliches Häuserprogramm, das diese reichliche Liquidität in den Häusermarkt gelenkt hat. Dann sind die Preise gestiegen, und zwar auch bei solchen Häusern, die sozusagen beliehen worden sind von Kreditnehmern, die im Grunde gar nicht das haben besichern können.

Ganz ähnliches sehen wir jetzt natürlich auch. Die niedrigen Zinsen sind – nebenbei bemerkt – schon in den Preisen enthalten. Jetzt noch in

Immobilien zu gehen, wäre, denke ich, hoch riskant. Die erste Welle der Preissteigerung durch die niedrigen Zinsen haben wir erlebt.

Moderator Holger Steltzner:

Wer weiß das schon. Aus chinesischer Perspektive etwa sieht das vielleicht wieder anders aus, oder aus Paris oder London kommend.

Prof. Dr. Henning Vöpel:

Ja. Ich glaube, die Hoffnung, diese Krise zu überwinden, liegt darin, dass wir angebotsseitig neue Investitionsmöglichkeiten bekommen. Wir würden sonst sehr lange mit dieser Krise zu tun haben. Ich setze ein bisschen Hoffnung in diese langen Wachstumswellen, die wir manchmal gehabt haben. Die Eisenbahn wurde gebaut usw. Mit ein bisschen Hoffnung könnte man sagen, dass eine Kombination aus Biotechnologie, vielleicht digitaler Wirtschaft, Vernetzung von Dienstleistungsmarkt und Citys, auch Infrastruktur, weltweit eine globale Investitionsbereitschaft auslösen kann, einen neuen Investitionszyklus. Vielleicht können wir von der Angebotsseite diese Krise überwinden. Das würde natürlich der Politik helfen, das würde der Geldpolitik helfen, und das würde auch den Sparern helfen, tatsächlich neue Investitionsmöglichkeiten zu finden.

Moderator Holger Steltzner:

Herr Dittrich, Sie sind Dachdeckermeister, führen einen großen Dachdeckerbetrieb und kennen sich natürlich auf dem Bau aus. Wie sind Ihre Einschätzungen? In Dresden sind sicherlich die Preise für Wohnraum auch deutlich gestiegen. Aber wir wissen alle, dass es auch ganz andere Regionen gibt, wo die Preise fallen und man für Häuser kaum noch Geld bekommt. Wird man

eine Fortsetzung dieser gespaltenen Immobilienmärkte sehen, auch wegen der Demografieentwicklung, Land-Stadt-Flucht, oder wird es noch ein allgemeines Anheben der Preise geben? Kommen die Übertreibungen mehr oder weniger jetzt schon zum Ende, oder kann das weitergehen? Wie schätzen Sie das ein?

Dr. Jörg Dittrich:

Ich wage mich dort weit nach vorne und sage, da wird noch eine ganze Menge passieren. Wir erleben deutlich, dass auch barrierefreier Wohnraum gebraucht wird. Ja, es gibt eben gerade in Ostdeutschland noch stärkere Gegensätze. Ich weiß, dass es in alten Bundesländern auch solche Regionen gibt, aber dass eine Stadt wie Hoyerswerda eben in den letzten 25 Jahren mehr als die Hälfte der Einwohner verloren hat, von 70.000 Einwohnern kommend, und dass das so weitergeht, dass es massive Unterschiede gibt, ist so. Aber das ist wohl langsam in den Köpfen angekommen. Das ist keine schöne Erkenntnis, aber die ist da.

Ich denke, dass es trotzdem auf dieser Welle – das ist eine Wette auf die Zukunft – noch weitergehen wird. Wir sind noch nicht am Scheitel angelangt. Das ist genau diese Nullzinsfrage. Wenn früher die Verzinsung für eine Staatsanleihe bei vier Prozent gelegen hat – ich weiß das nicht, denn ich bin kein Finanzexperte – und die Immobilie bei acht Prozent, und jetzt sind es null Prozent. Dann geht es auf vier Prozent herunter. Da ist eine Verdoppelung der Immobilienpreise. Das wird noch ein Stück in diese Richtung weitergehen. Von dieser Situation werden wir auch profitieren, aber eben leider nur kurzfristig.

Moderator Holger Steltzner:

Das ist doch eine positive Bemerkung.

Aussprache

Moderator Holger Steltzner:

Jetzt lade ich Sie ein, Fragen zu stellen und sich an der Diskussion zu beteiligen. – Bitte sehr.

Prof. Dr. Winfried Tilmann:

Wir haben ja über null Zinsen gesprochen. Wir haben weniger über null Inflation gesprochen. Das gehört zum Bild dazu. Wenn 30 Jahre null Zins wäre und zugleich auch null Inflation, wogegen Herr Draghi nun ankämpft, wäre das auch nicht so schlimm. Schlimm erschiene es mir allerdings, wenn in einer Phase von null Zins und null Inflation Gewerkschaften mit Forderungen von fünf bis sechs Prozent kommen. Das passt dann nicht in die Landschaft.

Moderator Holger Steltzner:

Die jüngste Forderung von Herrn Bsirske ist sogar elf Prozent.

Prof. Dr. Henning Vöpel:

Sie haben natürlich recht, dass der Realzins eigentlich die entscheidende Größe ist. Am Realzins werden Lohnverhandlungen geführt, entstehen Kreditbeziehungen. Tatsächlich sehen wir, dass die EZB unter Draghi versucht, die Inflation auf die Zielinflationmarke von zwei Prozent zu heben. Offenbar gehen die Mittel aus, das zu tun. Normalerweise sind die Inflationserwartungen von zwei Prozent ein schöner Anker, damit die Leute über die Zukunft verhandeln können. Wenn man für die nächsten zehn Jahren im Durchschnitt zwei Prozent erwartet, dann lässt sich leichter über reale Größen verhandeln. Das erleichtert es, in die Zukunft zu sehen und bestimmte Verhandlungen zu führen.

Natürlich ist es so, wenn wir jetzt Lohnforderungen von fünf Prozent haben, es aber keine Inflation gibt, dann sind es Realforderungen von fünf Prozent. Es gab sogar seitens der Bundesbank die Forderung nach Lohnerhöhungen, um die Inflation zu erhöhen, also über steigende Löhne die Inflation wieder in Richtung zwei Prozent

zu bringen. Das führt natürlich auch innerhalb der Eurozone zu einem gewissen Ausgleich. Man kann sagen, in dem Moment, wo nicht die Schwachen stärker werden, sondern die Starken ein bisschen schwächer, ein bisschen weniger wettbewerbsfähig, können wir auch so etwas wie Konvergenz herstellen, damit wir wieder einen einheitlichen Währungsraum mit einheitlicher Geldpolitik haben können.

Das ist eine Logik, die kurzfristig helfen mag, die aber langfristig für den Euroraum nicht richtig gut ist, weil es Wachstum im Grunde hemmt und nicht befördert.

Norbert D. Hüsson:

Ich halte viele Aussagen zwar für hoch interessant, aber für das reale Leben des in die Rentenphase eintretenden selbstständigen Handwerksmeister für unrealistisch. Denn wir haben sehr viele Direktversicherungen. Das war sozusagen das Marketingzeichen für den selbstständigen Handwerksmeister, der sie auch seinen Mitarbeitern garantiert hat.

Wir stellen aber fest, dass die seinerzeit in Aussicht gestellten Erträge gar nicht mehr erwirtschaftet werden. Es wird eventuell noch der Garantiezins erwirtschaftet. Wir haben dankenswerterweise seitens der Politik zwar für die Altverträge gegebenenfalls noch die Steuerfreiheit, aber die Sozialversicherung wird gleich mit fünfzehn Prozent bei den Altverträgen heruntergerechnet, was auch zu einer Deckungslücke führt. Hier sehe ich ein erhebliches Problem für die verdienten Handwerksmeister, die in ihrer Altersversorgung auf einmal eine erhebliche Deckungslücke haben.

Ulrich Leitermann:

Das ist so. Das ist das, was ich vorhin ausführte, dass wir vor 10, 15, 20 oder 25 Jahren genau solche Verträge abgeschlossen haben mit einer Erwartungshaltung – das war in den Prognoserechnungen auch so vorgesehen – von sechs bis sieben Prozent, teilweise wurde noch mit höheren Zinsen gerechnet. Das war aus der damaligen Sicht. Dass es jemals zu einer Zinssituation kommt, wie wir sie heute haben, das konnte na-

türlich zu der Zeit niemand vorhersehen. Dann kann man nur sagen, Gott sei Dank gibt es so etwas wie Garantien. Denn Verträge, die in diesen Jahren abgeschlossen worden sind, tragen immer noch eine Garantie von vier Prozent. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das ist übrigens eine Verpflichtung, die die Versicherungsunternehmen auch erfüllen müssen. Dafür stellen alle Unternehmen in der Branche zwischenzeitlich relativ hohe Zusatzreserven, um diesen Verpflichtungen gerecht zu werden. Das belastet die Ergebnisse der Unternehmen massiv. Das kann man in den Bilanzen nachlesen.

Da kann man sagen, das ist keine befriedigende Antwort für denjenigen, der in der Situation ist. Da gebe ich ihm recht. Aber immerhin erhält er die Garantie von vier Prozent. Wenn er gegebenenfalls noch eine Rentenversicherung hat, ist es noch schöner. Da kann man nur sagen: Er kann froh sein, in eine Direktversicherung investiert zu haben und nicht in ein anderes Anlageprodukt. Darauf hätte er nämlich gar keine Garantie.

Das ist in der Situation selbst zwar einigermaßen unbefriedigend – das ist mir klar –, aber am Ende des Tages immer noch im Vergleich zum Markt und zu anderen Anlageformen und anderen Altersversorgungsformen eine sehr beruhigende trotz aller Rückgänge, die war natürlich auch da gesehen haben.

Werner Böhnke:

Lieber Herr Leitermann, ich fand das gut, dass Sie klare Worte zu dem Zusammenhang zwischen Zins einerseits und Investitionsbereitschaft andererseits gefunden haben. Ich wundere mich darüber, wie sich dieses Missverständnis bis in die Gegenwart halten kann. Täglich lese ich es, wenn der Zins noch weiter heruntergeht, dann wird investiert.

Ich habe in meinem Leben mit unzähligen Unternehmen sprechen dürfen. Ich hätte noch das erste Gespräch zu führen, in dem ein Unternehmer sagt, Böhnke, der Zins ist so niedrig, jetzt investiere ich. Das gibt es nicht. Das ist völlig lebensfern. Entscheidend ist das Produkt, die Markterwartung, die Chance, die man wahrnimmt. Dann fragt man am Ende: Übrigens, wie ist der Zins? – Okay.

Vielen Dank also für dieses klare Statement. Ich wünschte mir, dass ich das beim Konsum dessen, was auch medial verbreitet wird, viel häufiger aufnehmen könnte.

Ich wende mich dann an Sie vielleicht in einer Frage, Herr Breuer. Vielen Dank, dass Sie darauf hingewiesen haben, mit welcher Krise wir es eigentlich zu tun haben. Man darf das nicht vergessen. Wir haben es primär mit einer Staatsschuldenkrise zu tun. Alles, was wir gegenwärtig beobachten und registrieren, hat ja nur einen Zweck, den hoch verschuldeten Staaten temporäre Entlastung zu bringen. Die Sorge, die uns alle erfüllen muss, ist die, dass es keine finale Entlastung ist.

Wenn es immer heißt, wir haben Banken gerettet, dann muss man sich vor Augen führen, wie die Wirkungszusammenhänge sind. Denn ganz am Ende hat man die Versicherung gerettet, den Sparer gerettet. Man hat nicht die Institution Bank gerettet, sondern man hat dafür Sorge getragen, dass die Volkswirtschaften nicht kollabieren.

Ich darf eine vielleicht nicht ganz einfache Frage an Sie, den Vertreter einer dezentralen Kreditgruppe, richten: Gibt es Planspiele und Überlegungen in der Sparkassenorganisation, wie lange das eigentlich eine dezentral aufgestellte Gruppe mit dem Kostenapparat, den sie hat, aushält, wenn wir uns vor Augen führen, dass die Zinsmarge, wenn es bei diesem politisch gewollten Zins weiterhin bleibt, eine Tendenz gegen null hat? Wir können sagen, wir könnten Kosten sparen, Filialen schließen, aber es kommt ja der Punkt, wo sich eine dezentral aufgestellte Organisation insoweit aus dem Zinsüberschuss nicht mehr finanzieren kann. Da bricht ja etwas weg. Das läuft möglicherweise auch unter Kollateralschaden.

Eine Frage dann an Sie, Herr Professor Vöpel: Sie haben das genannt, die Deflation zu bekämpfen. Sie haben von der Zielinflationsrate gesprochen. Auch hier möchte ich zunächst feststellen: Ich bin groß geworden in der Stabilitätskultur der Deutschen Bundesbank. Das habe ich vom ersten Lehrjahr an gelernt und begriffen. Ich habe verstanden, wie gefährlich Inflation ist. Ich bin als Beobachter einigermaßen erschrocken darüber, wenn ich aus dem Munde des EZB-Präsidenten höre – Zitat –, „die Inflationsrate ist zu niedrig“.

Sie sprechen von der Zielinflationsrate zwei Prozent. Das hat sich auch so eingeschlichen. Ich würde gerne wissen, woraus Sie diese Zielrate ableiten. Ich habe mir Maastricht noch einmal angeschaut. In der Maastricht-Vereinbarung steht nicht Zielrate zwei Prozent, sondern darin steht sinngemäß, solange die nach dem Warenkorb errechnete Inflationsrate sich unter zwei Prozentpunkten bewegt, gehen wir von Geldwertstabilität aus.

Eigentlich ist ja, wenn ich eine Inflationsrate von 0,4 Prozent nehme, der Stabilitätsauftrag vortrefflich erfüllt. Man sagt ja an anderer Stelle, die primäre Aufgabe sei die Sicherstellung der Währungsstabilität. Es klang vorhin, Herr Dittrich, von Ihnen einmal die Sorge um die Währung an. Das Ziel ist also auf das Vorzüglichste mit 0,4 Prozent erreicht. Ich will die Einflussfaktoren nicht beschreiben.

Kurz noch einmal die Frage: Woher nehmen Sie die Zielinflationsrate, wo verankern Sie das, und was soll daran gut sein?

Prof. Dr. Henning Vöpel:

Zwei Prozent ist natürlich in gewisser Weise willkürlich gesetzt. Man geht immer davon aus, dass wir einzelne Preise haben, die steigen. Um da ein bisschen Spielraum für nominale Anpassungen zu geben, hat man zwei Prozent gewählt. Man könnte natürlich auch sagen, Preisniveaustabilität haben wir bei null Prozent. Das würde aber bedeuten, dass, wenn einige Preise steigen, andere fallen müssen. Es gibt jetzt sogar Stimmen, die sagen, wir müssen die Zielinflationsrate von zwei auf vier Prozent heraufsetzen, damit wir einen größeren nominalen Abstand zur Null-Zins-Grenze haben und damit den Handlungsspielraum von Notenbanken und von Zentralbanken erhöhen. Wir sind jetzt zu schnell an der unteren Grenze, an den Zero Lower Bound, wie es heißt, von null Prozent, ausgehend von einer Zielinflationsrate von zwei Prozent.

Das ist in gewisser Weise willkürlich gewählt, um die Erwartung zu stabilisieren, um einen Anker zu bieten, wo Preisniveaustabilität herrscht. Wir haben im Augenblick die Situation, dass wir nicht nur eine Art Disinflation, also einen Rückgang von Inflationsraten haben, sondern tatsäch-

lich schon in den Bereich von Deflation kommen, also dauerhaft fallender Preise wie in Japan. Zentralbanker fürchten Inflation, jedenfalls Hyperinflation. Aber sie fürchten fast noch mehr Deflation, weil dann die geldpolitischen Mittel ausgehen, aus der Deflationsspirale wieder herauszukommen. Wenn die Wirtschaft fallende Preise erwartet, schiebt man größere Konsum- und Investitionsausgaben auf. Das führt dazu, dass bei fallender Nachfrage die Preise tatsächlich fallen. Und das bestätigt die anfängliche Erwartung. Das ist diese Deflationsspirale – das ist historisch belegt –, aus der es ganz schwer sein kann, wieder herauszukommen.

Es ist verständlich, dass der unmittelbare Auftrag – und Sie haben recht, die offizielle Definition ist, *below, but close to two percent*, also knapp unterhalb von zwei Prozent – erfüllt werden muss. Der besteht eben darin, diese Zielinflationsrate von zwei Prozent nicht zu jedem Zeitpunkt, aber zumindest mittelfristig zu erreichen.

Moderator Holger Steltzner:

Ich darf da einmal nachfragen: Dieses Beispiel Japan wird immer genannt, wie furchtbar es dort sei. Tatsächlich ist dort die Deflation eigentlich nur eine Disinflation, weil nämlich der Rückgang des Preisniveaus keineswegs auf breiter Front stattgefunden hat, sondern im Verlauf von zwanzig Jahren die Preise um vier Prozent gesunken sind. Das hat überhaupt nichts mit diesen Deflationserfahrungen der 20er- und 30er-Jahre in Amerika zu tun oder in Deutschland, als innerhalb von zwei, drei, vier Jahren die Preise um dreißig, vierzig Prozent nachgaben. Wirtschaftshistorisch war das also eine ganz andere Erfahrung als die japanische.

Ich kann es aus eigenem Erleben schildern: Als ich mit der Familie dort vor ein paar Jahren Urlaub gemacht habe, dachte ich, ach, wenn das Deflation ist, das fühlt sich in Tokio eigentlich ganz gut an. Ich habe den Korrespondenten gefragt, warum denn das alles so furchtbar in Japan ist. Er fand das dort auch gar nicht so furchtbar. Dies wird auch ein bisschen als Schreckensszenarium manchmal gewählt, denn von einer Deflation wie in den Vereinigten Staaten oder Deutschland in den 20er- und 30er-Jahre des letzten Jahrhunderts sind wir meilenweit entfernt.

Prof. Dr. Henning Vöpel:

Selbstverständlich, Sie haben völlig recht, weil wir natürlich auch gelernt haben. Japan hat mit sehr expansiver Fiskalpolitik gegengesteuert, also mit Staatsausgaben. In Japan haben wir eine Staatsschuldenquote von 250 Prozent. Das heißt, dort versucht man, die fehlende Wirksamkeit der Geldpolitik durch sehr expansive Fiskalpolitik zu ersetzen. In Europa haben wir die Situation, dass sich Geld- und Fiskalpolitik blockieren. Wir haben einerseits einen Schuldenüberhang, wir müssen konsolidieren, wir können also von der Seite nicht nachfragewirksam werden, gleichzeitig sehen wir, dass die Geldpolitik nicht geeignet ist, um die Kreditnachfrage anzureizen. Wir haben die geldpolitische Schraube extrem gelockert, die finanzpolitische Schraube extrem angezogen. Und das funktioniert offenbar nicht, zumindest im Euroraum nicht. Das ist die Gefahr, die auch die Europäische Zentralbank sieht. Draghi hat gesagt, eine Währungsunion in einem Währungsraum, der nicht optimal ist, also der zu heterogene Volkswirtschaften vereint, braucht immer eine politische Union. Die haben wir aber nicht hergestellt. Eine Fiskalunion gibt es nicht, wollen wir vielleicht auch nicht. Darüber muss man reden. Aber wenn man das nicht zusammenbringt, dann kann man die Krise auch nicht nachhaltig lösen.

Moderator Holger Steltzner:

Jetzt aber zu der kniffligsten Frage, Herr Böhnke, die Sie sich bestimmt bis zum Schluss aufgespart hatten, nämlich wie lange das Dezentrale im Sparkassensektor noch Bestand haben kann.

Michael Breuer:

Herr Böhnke, das ist natürlich nicht ganz so einfach zu beantworten. Ich will trotzdem einmal den Versuch einer Antwort wagen: Es ist so, dass wir bei einem dauerhaft niedrigen Zinsergebnis einen enormen Druck auf die Verwaltungs- und Sachaufwendungen haben. Das heißt letztendlich auch auf die Personalaufwendungen. Diesen Druck muss man abarbeiten. Das heißt, wir müssen die Produktivität steigern. Das ist so. Aber es gibt eine gewisse Grenze. Ich sehe die Grenze nicht, dass wir in den nächsten drei oder vier

Jahren sowohl bei den Volksbanken als auch bei den Sparkassen ein massives Sterben von kleinen Einheiten haben. Aus diesem Grund nicht. Ich denke, dass im Grundsatz die rund 1.500 dezentralen Banken in Deutschland aus diesen beiden Säulen mit ein paar Privatbanken – nicht alle, aber doch überwiegend – so solide hinsichtlich des Eigenkapitals aufgestellt sind, dass die das noch ein paar Jahre durchhalten.

Es gibt den anderen Trend, nämlich der Frage zu begegnen, wie viel muss ich in der Fläche an Präsenz haben. Das ist durchaus unterschiedlich. Wir stellen fest, unabhängig davon, ob es Verwaltungs- oder Sachaufwendungen sind, dass der Kunde vielerorts längst andere Bankdienstleistungen nachfragt. Wir haben in Deutschland durchaus Regionen, wo fünfzig Prozent der Kunden einmal im Jahr oder gar nicht in die Filiale kommen. Dieser Trend wird sich verstärken. Die möchten mit ihrer Bank anders kommunizieren. Das sind die neuen Medien, die wir eben auch schon einmal hatten.

Größer geworden ist das Problem, die Produktivitätsfortschritte zu erreichen, allerdings nicht durch den Markt und durch die Kundschaft, und natürlich durch das niedrige Zinsergebnis, aber obendrauf kommt noch ein unheimlicher Druck über die Bürokratie. Die ist im Moment unser größtes Problem. Eine kleine Bank muss wie eine große Deutsche Bank vergleichbare Compliance- und Geldwäschevorschriften usw. erfüllen.

All das, was wir an Regeln haben – das brauche ich Ihnen nicht zu beschreiben –, kommt für ein kleines Unternehmen in der Kreditwirtschaft immer noch obendrauf. Das heißt, die zusätzlichen Verwaltungs- und Sachaufwendungen, insbesondere was die Regulatorik angeht, erhöhen die Bedeutung des Sparens auf der Sach- und der Personalaufwandsseite in den letzten Monaten und auch in den nächsten Monaten zusätzlich. Die nordrhein-westfälischen Sparkassen haben eine Veranstaltung mit unseren Kollegen und mit dem Land durchgeführt, um noch einmal zu verdeutlichen, dass es auf keinen Fall so sein darf, dass, wenn wir diesen schwierigen Anpassungsprozess mit dem Eigenkapital die nächsten vier oder fünf Jahre durchhalten wollen, noch etwas draufgesattelt wird. Sonst hat man den Eindruck, Europa macht Strukturpolitik. Ich glaube nicht so sehr, dass wir als Banken und Sparkassen da

die Gegner sind, sondern man hat schon mal den Eindruck, dass man dieser mittelständischen und dezentralen Organisation der Bundesrepublik Deutschland eigentlich misstraut.

Unser Drei-Säulen-System, Herr Böhnke, leitet sich ja nur aus der Dezentralität der Unternehmen und der Handwerker ab. Das ist kein Selbstzweck, sondern wir sind bis auf die Knochen dezentral und subsidiär aufgestellt, weil wir in Deutschland auf allen Ebenen überzeugt sind, je näher die Entscheidungen am Kunden und am Menschen sind – in der Kommunalpolitik, in der Landespolitik, bei der Unternehmensfinanzierung, bei den Unternehmen, im Handwerk –, je dezentraler es abläuft, desto erfolgreicher und granularer ist die Struktur, umso stärker sind wir als Volkswirtschaft auch gegenüber konzernähnlichen Strukturen zum Beispiel in Frankreich und auch in Großbritannien.

Ob das fünf Jahre sind – vielleicht sind es dreieinhalb oder vier Jahre; das sehe ich wie Herr Leitermann –, das bekommen wir schon hin. Vielleicht nicht bei jedem mit dem gleichen Komfortniveau, aber das schaffen wir als Truppe schon. Nur wenn wir in Europa nicht aufpassen und es zu diesen Strukturen kommt, die Sie ge-

rade beschrieben haben, zu monolithischen und konzernartigen Strukturen, dann haben wir als deutsche Volkswirtschaft ein großes Problem, wenn Subsidiarität und Dezentralität Gegner in der europäischen Einigung werden. Dann sind wir auch nicht mehr so erfolgreich, und wir können als starke Volkswirtschaft Deutschland die anderen nicht mitziehen. Wenn es uns Deutschen und unserem Mittelstand, unserer dezentralen Einheit, schlechter geht, dann geht es, denke ich, auch Europa schlechter.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Das war ein wunderbares Schlusswort für diese sehr breite und spannende, für mich auch lehrreiche Diskussion, für die ich allen Teilnehmern hier auf dem Podium, aber auch Ihnen als Gästen danke. „Was passiert, wenn der Zins verschwindet? – Folgen für Mittelstand, Kreditwirtschaft und Altersvorsorge“ ist wirklich ein weites Feld. Ich beneide nun nicht Hans-Joachim Hering, der das Schlusswort unserer Diskussion halten muss. Herr Hering, Sie haben das Wort.

Schlusswort

Hans-Joachim Hering, Vizepräsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Steltzner, ich beneide mich auch nicht. Ich habe mehr und mehr Hochachtung vor allen meinen Vorgängern, deren Aufgabe es immer auch war, noch einmal in kurzen Worten die Ergebnisse der Podiumsdiskussion zusammenzufassen.

Ich darf Sie von meiner Seite noch einmal ganz herzlich begrüßen und Ihnen allen für das neue Jahr alles erdenklich Gute wünschen.

Wir haben uns bei unserem diesjährigen traditionellen Dreikönigstreffen mit der in früheren Zeiten eigentlich völlig unvorstellbaren Frage beschäftigt, keine oder Negativzinsen für Guthaben, welche Auswirkungen hat das auf alle Bereiche unserer Volkswirtschaft und auf jeden Einzelnen von uns. Unter sachkundiger Leitung des Mitherausgebers der „FAZ“, Herrn Steltzner, sind wir dieser Frage nachgegangen.

Er fragte: In der EU null Wachstum, null Inflation, null Zinsen – erstarren wir auf Nullniveau? Auch ist gefragt worden: Die Rente ist sicher – Riester-Sparen –, was können wir noch für die Altersvorsorge tun? Wie können wir uns auf große Verwerfungen an den Kapital- und Zinsmärkten einstellen?

An Herrn Leitermann richtete sich die Frage: Was bedeutet es für die Sparer, wenn mit dem Zins auch der Zinseszins verschwindet? – Herr Leitermann hatte darauf die Antwort, das Sparziel wird selbstverständlich später erreicht. Trotzdem darf das Sparen nicht komplett aufgegeben werden, weil über die Zeit die Zinsen auch wieder anziehen werden.

Herr Professor Vöpel wurde gefragt: Ist diese Entwicklung wirklich nur kurzfristig? – Die Kosten der EU-Krise wurden durch die Zinssenkung – das war seine Antwort – gestreckt, worunter der Sparer leidet.

Die Frage an Herrn Breuer war: Was macht die Bank, wenn durch niedrigen Zins das Ergebnis nach unten geht? – Herr Breuer meint, zurzeit



könnten Banken durch andere Mechanismen noch dagegen anarbeiten. Aber letztendlich ist dieser Zins ein politischer Zins, und es wird die Diskussion eintreten, ob wir das Über-die-Verhältnisse-Leben auf diese Tour weiter finanzieren wollen und ob die Kollateralschäden durch das billige Geld auf Dauer tolerierbar sind. Kritisch ist auch anzumerken, dass bei Darlehen eine unterschiedliche Behandlung zwischen Staat und dem einzelnen Unternehmer zu beobachten ist.

Die Frage an Herrn Dr. Dittrich lautete: Sind die komplizierten Themen für Handwerker zu abstrakt? Versteht das der Handwerksmeister überhaupt noch? Herr Dr. Dittrichs Antwort darauf – das kann ich selber nur unterstreichen –: Das Hauptproblem ist für den Handwerker weniger der Zins als vielmehr das grundsätzliche Vertrauen in die Währung. Für viele Handwerker stellt sich das Problem nicht, weil sie kaum selber sparen können.

Frau Professor Welter ist gefragt worden: Ist ein Anteil von 40 Prozent Soloselbstständigen überraschend? – Ihre Antwort war, diese Zahl überrascht nicht, wenn man sich das auch außerhalb Deutschlands betrachte. Sie merkte an, dass Soloselbstständige teilweise hoch qualifiziert sei-

en, die auch gut verdienten und Altersvorsorge betreiben könnten, dass bei den übrigen aber durchaus Altersarmut drohe.

Eine weitere Frage war, was der Negativzins für eine Investitionsentscheidung bedeutet. Herr Leitermann machte aus seiner Sicht klar, dass für Investitionen der Zins nicht ausschlaggebend ist. Es sei ein politischer Irrtum, dass billiges Geld zu mehr Investitionen führt. Zudem wurde eine Diskussion über die wandernden Blasen im Wirtschaftsraum der EU geführt.

Herr Breuer stellte fest, es gebe keine Kreditklemme. Ein Ausweg ist nur über Anstrengungen möglich. Entsprechende Versprechen, auf die leichte Tour zu gesunden, sind falsch und gefährlich.

Herr Dr. Dittrich merkte an, das eigentliche Problem sei, dass es auch in der Bevölkerung keine Mehrheit für Anstrengungen gibt. Insofern könne man der Politik keinen Vorwurf machen.

Eine weitere Frage stellt sich: Wie viel Applaus verdient der Finanzminister für den seit Jahrzehnten ersten Haushalt ohne Neuverschuldung? Frau Professor Welter ist nicht bereit, dem Minister zu applaudieren, stellt aber die Frage, was passiert, wenn der Nullzins keine kurzfristige Angelegenheit ist.

Herr Leitermann plädiert dafür, langfristig zu sparen, weil nach seiner Überzeugung irgendwann die Zinsen auch wieder steigen werden.

Behandelt worden ist auch die Frage, ob die Immobilienpreise ins Unendliche steigen, wenn die null Zinsen bleiben. Die Antwort von Herrn Professor Vöpel stellt klar, dass das zwar grundsätzlich stimmen würde, wenn die derzeitige Zinsentwicklung keine politisch getriebene wäre, was sie aber ist.

Frau Professor Welter regt an, junge Unternehmen zu finanzieren, um hier bessere Renditen zu erzielen. Deutsche Anleger investierten vielleicht zu konservativ.

Herr Leitermann bricht hierzu eine Lanze für Versicherungen, die durchaus in Private-Equity-

Unternehmen investieren, ohne dass es die Öffentlichkeit wahrnimmt.

Herr Breuer mahnt an, dass der Staat zurzeit nicht investiert. Unsere Infrastruktur hätte es nötig. Dabei kann man nicht nur die Leverkusener Brücke erwähnen.

Auf die Frage von Herrn Steltzner, wie das Handwerk und der Mittelstand mit den Pensionsrückstellungen in den Betrieben umgehen, führte Frau Professor Welter aus, dass dies meist nur ein Thema für größere Unternehmen sei. Für kleine und mittlere Unternehmen sei das ein Problem. Es gebe hierzu aber keine gesicherten Zahlen.

Herr Leitermann führte aus, auch für die großen Unternehmen bildeten die Zusagen in der Zukunft noch genügend Sprengstoff.

Eine weitere Frage war, welchen Sinn es mache, in Immobilien zu investieren. Dazu meint Professor Vöpel, dass der Niedrigzins bereits in die Immobilienpreise eingepreist sei. Dr. Dittrich vermutet, dass wir dort noch nicht am Ende der Entwicklung angekommen sind.

Nachdem Herr Steltzner endlich eine positive Aussage erhalten hatte, sah er sich in der Lage, die Diskussion mit den Zuhörern freizugeben.

Ich darf an dieser Stelle dem gesamten Podium noch einmal ganz herzlich danken, ganz besonders natürlich dem Moderator. Leider konnte auch heute die Zinsproblematik nicht aufgelöst werden. Trotzdem gab es aus meiner Sicht interessante Aussagen zu allen Fragen rund um dieses Thema.

Ich danke Ihnen, der Zuhörerschaft, für die ergänzenden Fragen und darf Sie nun ins Foyer zum Empfang bitten. Ich freue mich auf das Dreikönigssessen mit dem Vortrag von Herrn Steffen Kampeter zum Thema „Vertrauen als Treiber der Finanzpolitik – Perspektiven für Innovation und Mittelstand“. Ich wünsche allen einen angenehmen und weiterhin spannenden Abend. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dreikönigssessen

Begrüßung und Einführung

**Andreas Ehlert,
Präsident des Nordrhein-Westfälischen
Handwerkstags**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Freunde, liebe Gäste des nordrhein-westfälischen Handwerks! Seien Sie mir alle sehr herzlich willkommen! Vielleicht haben Sie eben den gleichen Gedanken gehabt wie ich, als die Sternsinger das traditionelle Lied „Wir kommen daher aus dem Morgenland“ gesungen haben, das Lied, das sie immer singen, wenn sie abends an unserer Tür klingeln, wir aufmachen, und sie dann ihrem Wunsch Ausdruck geben, Unheil von Haus und Hof fernzuhalten.

Im christlichen Abendland steckt eben auch sehr viel Morgenland. Wer könnte das bezweifeln! – Der Gedanke stammt nicht von mir, den Gedanken habe ich dieser Tage in einer großen überregionalen Zeitung gelesen. Das war im Zusammenhang mit einem Portrait über den Kölner Dompropst. Der Kölner Dompropst, Norbert Feldhoff – das ist der, dem der Dom „gehört“ –,

(Heiterkeit)

hat vom Scheitel bis zur Sohle das Format, das man von einem erwartet, dem ein solch gewaltiges Bauwerk gehört. Norbert Feldhoff hat das in diesen Tagen wieder mal bewiesen – denken Sie an die vergangene Woche –, als er mutig das Licht des Doms ausgeschaltet hat. Und damit „Kögida“ im Dunkeln hat stehen lassen.

(Beifall)

Um auf das Abendland zurückzukommen: Vielleicht würde auch ein Besuch der Sonderausstellung des Museums Schnütgen in Köln zum 850. Jubiläum der Überführung der Gebeine der Heiligen Drei Könige helfen, um noch einmal neu über Morgenland und Abendland nachzudenken. Lieber Hans Peter Wollseifer, das Museum ist montags leider immer geschlossen. Ich würde dem einen oder anderen, der am Montagabend nicht so richtig weiß, was er tun soll, dringend zu einem Besuch raten. Darum, dass das Museum demnächst dann auch montags geöffnet hat, müsstest du dich dann kümmern. Das gebe ich dir als Aufgabe mit auf den Weg. – Danke schön.

(Vereinzelt Heiterkeit)



Die Sternensinger der katholischen Kirchengemeinde „Heilige Familie“, Düsseldorf Stockum, mit Hans-Joachim Hering, Willy Hesse, Steffen Kampeter MdB, Andreas Ehlert, ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer (v. l. n. r.)

Jetzt wieder ernsthaft! Für uns im Handwerk ist völlig klar – egal, ob Morgenland oder Abendland –: Bei uns zählt nicht, wo jemand herkommt, sondern wo er hinwill. Das ist auch einer der Slogans unserer Imagekampagne „Die Wirtschaftsmacht von nebenan“. Diesen Slogan von uns gibt es nicht erst seit heute, auch nicht erst seit gestern und auch nicht aus gegebenem Anlass, sondern das war bei uns im Handwerk schon immer so. Das gilt jedoch ganz besonders nach den brutalen Anschlägen und Attentaten in Paris.

Es ist für mich ein starkes Zeichen, dass der Bundespräsident anlässlich seines Neujahrsempfangs in der vergangenen Woche ausführt:

„Für uns ist nicht entscheidend, wie jemand heißt oder wer seine Mutter ist, an welchen Gott er glaubt oder welche Feste er feiert. Für uns zählt, was die Verschiedenen miteinander verbindet: das Bekenntnis zu Verfassung, Rechtsstaat und Menschlichkeit.“

Genauso sehen wir im Handwerk das auch. Ich bin fest davon überzeugt: Es gibt Werte, die sind sowieso für alle verbindlich. An denen müssen wir uns alle messen lassen. Wenn wir ganz ehrlich sind, haben wir in den vergangenen Jahren an der einen oder anderen Stelle nicht immer unseren eigenen Ansprüchen genügt.

So ist beispielsweise die Geschichte der Finanz- und Staatsschulden, der Eurokrisen vor und nach Lehman Brothers, auch eine unendliche Geschichte der Gier, der Verantwortungslosigkeit, der Manipulationen bis hin zum Betrug, nicht zuletzt auch der Verblendung, wenn Sie nur an diesen legendären Chairman von Goldman Sachs denken, der sich doch tatsächlich einbildete, Gottes Werk zu tun. Welch eine Verblendung!

Für unsere mehr als 188.000 Betriebe in Nordrhein-Westfalen mit mehr als 1,1 Millionen Beschäftigten, für unsere regional wirtschaftenden Freunde aus den Sparkassen und den Genossenschaftsbanken, bis hin zu all den Menschen, die sich bei uns eine Existenz aufbauen möchten, ist es unabdingbar, dass wir Vertrauen haben, dass wir langfristig sichere und stabile Rahmenbedingungen haben. Eine Existenz aufbauen, eine Familie gründen, ein Unternehmen gründen, sich bilden, sich qualifizieren – das alles sind Investi-

tionen in die Zukunft, und zwar auf Jahrzehnte hinaus. Und die brauchen Vertrauen.

Meine Damen und Herren, als heutigen Festredner haben wir den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Herrn Steffen Kampeter, gewinnen können. Zunächst einmal herzlich willkommen beim nordrhein-westfälisch Handwerk, Steffen Kampeter!

(Beifall)

Ich freue mich, dass Sie gesagt haben, bis 19:45 Uhr darf ich über Ihre Zeit verfügen. Ich weiß, dass Sie in Berlin einen sehr dichten Terminkalender haben. Sie haben sogar Präsenzpflicht. Mein Bundestagsabgeordneter, Thomas Jarzombek, hat aus Berlin angerufen, hat sich entschuldigen lassen und sagte: Ich weiß nicht, warum der Steffen Kampeter das darf, aber er hat andere Befugnisse als ich. Ich bin froh, Herr Kampeter, dass Sie andere Befugnisse haben als mein Bundestagsabgeordneter. Grüßen Sie ihn bitte schön nach Ihrer Rückreise nach Berlin.

Den Titel Ihrer Festrede, lieber Herr Kampeter, haben nicht wir für Sie aufgeschrieben; den haben Sie selbst formuliert. Ich habe mich ganz besonders gefreut, dass darin vom Vertrauen als Grundlage die Rede ist. Wir hatten heute Nachmittag im Dreikönigsforum über dieses Thema diskutiert.

Unser Freund, Dr. Dittrich, mein Kammerkollege aus Dresden, hat sehr deutlich angemahnt, dass wir als Handwerker zwingend darauf angewiesen sind, auf staatliches Handeln vertrauen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nicht am Ende derjenige sein, der selbst die Zeit raubt, die Herrn Kampeter fehlen könnte. Deswegen will ich Sie mit Blick auf die Uhr nicht noch mit einer ausführlichen Begrüßung behelligen; eine Gästeliste liegt auf Ihren Tischen. Dass meine Präsidentenkollegen in Summe alle dageblieben sind, freut mich sehr. Dass die Podiumsteilnehmer, die ich heute Nachmittag schon begrüßt habe, unsere Runde hier erfreuen, freut mich ebenfalls.

Ich freue mich auch ganz besonders – das sei doch noch erwähnt –, dass wir gleich zwei Re-

gierungspräsidentinnen zum Abendessen dabei haben: Frau Marianne Thomann-Stahl und Frau Anne Lütkes. Ich freue mich ebenso, dass die Bundesbankpräsidentin Nordrhein-Westfalens, Margarete Müller, auch heute Abend zu Gast ist.

Besonders begrüßen möchte ich bei all den vielen Persönlichkeiten, die es verdient hätten, begrüßt zu werden, Frau Marlies Schulhoff.

(Beifall)

Viele hier im Raum, liebe Frau Schulhoff, erinnern sich noch sehr an das Dreikönigstreffen des letzten Jahres, als Ihr Mann mit großer Leidenschaft, mit großem Engagement, mit all dem, was wir an ihm so geschätzt haben, abends zu uns gesprochen hat. Ich glaube, das steht allen, die damals dabei waren, noch eindrücklich vor Augen. Ich freue mich persönlich, liebe Frau Schulhoff, dass Sie, aber auch Ihre ganze Familie, weiterhin engsten Kontakt zum Handwerk halten. Dafür

möchte ich Ihnen an dieser Stelle danken. Das tut uns gut. Seien Sie uns ganz herzlich willkommen, liebe Frau Schulhoff!

(Beifall)

Ich möchte mich abschließend noch bei denen bedanken, die unsere heutige Veranstaltung erst möglich gemacht haben: bei den Spitzenvertretern dieses Hauses, bei Werner Böhnke, Aufsichtsratsvorsitzender der WGZ BANK, und Dr. Christian Brauckmann, Vorstandsmitglied der WGZ BANK, der jetzt ein Grußwort zu uns sprechen wird.

Ihnen allen hier beim nordrhein-westfälischen Handwerk ein herzliches Willkommen und meine besten Wünsche für ein erfülltes und glückliches Jahr 2015!

(Beifall)

Grußwort

**Dr. Christian Brauckmann,
Vorstandsmitglied der WGZ BANK AG
Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank**

Sehr geehrter Herr Präsident Ehlert, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren Präsidentinnen und Präsidenten, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir am heutigen Abend Ehre und Freude zugleich, Sie im Namen des Vorstandes der WGZ BANK und auch im Namen des Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Werner Böhnke in unserem Hause, in der WGZ BANK, begrüßen zu dürfen.

Ich begrüße Sie auch als Vertreter der genossenschaftlichen Finanzgruppe der Volksbanken und Raiffeisenbanken. Ich freue mich sehr darüber, dass einige meiner Kollegen aus unseren Mitgliedsbanken, aus den Volks- und Raiffeisenbanken unserer Region, heute Abend unser Gast sind.

Besonders gefreut haben wir uns alle gemeinsam über die Sternsinger. Ihnen haben wir auch zu danken. Sie stehen stellvertretend für die Weisen aus dem Morgenland und sind in der Tat, Herr Ehlert, ohne Zweifel eine Bereicherung des Abendlandes.

Meine Damen und Herren, Ihnen allen ein ganz herzliches Willkommen!

(Beifall)

Als Vertreter der WGZ BANK und der genossenschaftlichen Bankengruppe, als Bankkaufmann und angesichts der Diskussion von heute Nachmittag ist es mir ein Bedürfnis, meine Grußworte um einige Anmerkungen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation zu ergänzen.

Drei Punkte sind es, die ich ganz kurz ansprechen möchte.

Erstens – anknüpfend an heute Nachmittag –: die Politik des billigen Geldes. Ja, sie hat ohne Zweifel mitgeholfen, dass die Euro-Krise bislang im Zaum geblieben ist. Doch das ist letztendlich nur Schadensbegrenzung und Krisenbewältigung auf Sicht. Eine Entfesselung der Wachstumskräfte

im Euro-Raum lässt sich so nicht erreichen. Mit Schmerzmitteln lässt sich eine Krankheit nicht heilen. Vielmehr müssen die Abwehr- und Selbstheilungskräfte gestärkt werden.

Niedrige Zinsen dagegen – lassen Sie es mich so sagen – wirken wie eine Droge. Sie macht den Patienten abhängig und mindert den Anreiz, den schmerzlicheren Weg des Kraftaufbaus zu gehen – von erheblichen Kollateralschäden mal ganz zu schweigen. Minizinsen untergraben einerseits die Sparkultur in Europa und andererseits die Ertragsbasis derjenigen Banken, die besonders für kleine und mittlere Unternehmen sowie für private Anleger da sind.

Auch wenn diese Folgen nicht beabsichtigt gewesen sein sollten, so werden sie doch anscheinend billigend in Kauf genommen. Im Ergebnis macht das keinen Unterschied.

Ratschläge, dass die Banken ihre rückläufigen Zinserträge durch Provisionserträge im Zahlungsverkehr wettmachen sollen, klingen da schon ein bisschen wie Hohn. Aktivitäten nicht allein von vermeintlichen Verbraucherschützern, sondern vor allem auch von der EU beschränken qua Gesetzgebung dieses Feld derzeit massiv.

Neulich las ich in einem Artikel in der „FAZ“, dass man sich angesichts des extrem niedrigen Ölpreises um die Ertragskraft von Tankstellen Sorge. Als Bankenvertreter fand ich das durchaus rührend.

(Heiterkeit)

Die Zielrichtung ist natürlich klar: Mit den niedrigen Zinsen soll insbesondere in den konjunkturell schwächeren Ländern der Eurozone die Kreditvergabe erleichtert werden. Solange das Geld stabil bleibt, sind konjunkturpolitische Maßnahmen der Zentralbank in gewissem Umfang auch vertretbar. Seit gestern wissen wir, dass der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshof das auch so sieht.

Es ändert aber nichts: Es sind erhebliche Zweifel angebracht. Wie fragil das alles ist, haben wir heute gesehen, als die Schweizerische Nationalbank, vor allem wohl aus Sorge vor dem EZB-Ankaufsprogramm den Kurs des Euro in den Keller geschickt hat. Den Kurs des Euro künftig

künstlich bei 1,20 Franken zu halten, war schlicht zu teuer geworden.

Dabei fehlt es derzeit doch gar nicht an Liquidität, auch nicht in den schwächeren Ländern des Euro-Raums. Es fehlt vielmehr in weiten Teilen – Sie werden es auch heute Nachmittag diskutiert haben – immer noch an der notwendigen Stabilität der Strukturen. Es liegt ja nicht am Zinssatz, dass zu wenige Kredite vergeben werden. Es ist nach wie vor schlicht das Ausfallrisiko in den besagten Ländern, das viele Banken vor einer Ausweitung der Finanzierung in den schwächeren Euro-Ländern scheuen lässt. Es braucht eine Strukturreform – das ist keine Weisheit –, und es bedarf keiner subventionierten Schuldenpolitik.

Umso mehr ist natürlich anzuerkennen, sehr geehrter Herr Staatssekretär, dass die schwarze Null in Deutschland schon im vergangenen Jahr erreicht wurde. Sie ist auch das Ergebnis stabiler Strukturen in Deutschland, auch der deutschen Konjunktur und der gesunkenen Zinslast zulasten der Anleger.

Die schwarze Null weckt natürlich Begehrlichkeiten. Insofern wünsche ich Ihnen und Ihrem Chef die notwendige Standfestigkeit, die sie für den weiteren Schuldenabbau ohne Zweifel brauchen werden.

(Beifall)

Umso mehr ist es natürlich zu bedauern, dass es anderswo keine vergleichbaren Entwicklungen gibt. Der extrem niedrige Zins und die Ankäufe von Staatsanleihen animieren ja auch nicht gerade dazu.

Zum zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte – Sie werden es ahnen –: die Regulierung der Banken.

Die Logik hinter der enormen Regulierungsflut ist klar: Es waren Banken, die sich verzockt haben, es waren Banken, die den Euro an den Rand des Ruins gebracht haben, und es waren Banken, die dafür auch noch vom Steuerzahler gerettet werden mussten. Das darf nicht nur nie wieder passieren, sondern dafür müssen sie, die Banken, auch büßen.



Diese Logik ist nachvollziehbar, und sie lässt sich natürlich auch politisch gut vertreten. Dass eine ganze Branche dadurch in Misskredit geraten ist, ist politisch natürlich nicht beabsichtigt, aber vielleicht dennoch opportun. Es lenkt im Zweifel auch von eigenen Versäumnissen ab. Aber nur, weil diese Logik leicht verständlich ist, ist sie immer noch nicht richtig.

Herr Böhnke, Sie haben bereits vor Jahren damit begonnen, es immer wieder zu betonen – und da stimme ich ein –: Die Banken gibt es nicht. Sie unterscheiden sich nicht nur nach ihrer Größe oder ihrem Geschäftsgebiet. Sie unterscheiden sich vor allem nach ihrem Geschäftsmodell, wenn sie überhaupt eines haben.

Die genossenschaftliche Bankengruppe kann mit Fug und Recht für sich in Anspruch nehmen, dass sie eines hat. Sie hat sogar einen gesetzlich verankerten Förderauftrag. Als wichtige Partner des Mittelstandes und zahlreicher Gewerbetreibender sind die Volksbanken und Raiffeisenbanken in den Regionen unverzichtbar. Auch wir, meine Damen und Herren, sind eine „Wirtschaftsmacht von nebenan“.

Die genossenschaftliche Bankengruppe hat außerdem die Finanzkrise nicht verursacht, sie hat sie auch nicht mitverursacht, und sie hat nicht einen Euro Staatshilfe in Anspruch genommen. Sie hat während der Finanzkrise sogar ausgesprochen stabilisierend gewirkt, und ihre Kreditvergabe Jahr für Jahr weiter ausgebaut, während andere Banken und Bankengruppen sich zurückgezogen haben. Es hätte anderenfalls vielleicht zu einer Kreditklemme kommen können.

Aber auch wir in der genossenschaftlichen Gruppe werden von der Regulierungswucht getroffen. Die Botschaft ist klar, auch aus der EZB: Es wird keine Ausnahmen geben, alle werden gleichbehandelt. – Aber es ist nun einmal nichts ungerechter, als Ungleiche gleich zu behandeln.

Ein ganz einfaches Beispiel, meine Damen und Herren: Die Gebühren am Geldautomaten wurden auf politischen Druck gedeckelt. Verbraucher und damit Wähler freuen sich natürlich erst einmal. Solche Maßnahmen lassen sich politisch schon gut verkaufen. Dass aber damit vor allem diejenigen Bankengruppen getroffen wurden, die in der Fläche vertreten sind und ihre Regionen schon aus eigenem Antrieb fördern, hat man übersehen.

Andere Banken, die das nicht tun, wie zum Beispiel Direktbanken, profitieren in diesem Fall. Sie werben sogar – auch noch in der Gegenwart – mit der kostenlosen Bargeldverfügung bei bestimmten Kreditkarten. Für den Kunden einer Direktbank ist das in der Tat kostenlos, nicht aber für die Bank, die den Automaten gekauft hat, ihn bestückt und betreibt, und zwar in erster Linie immer für ihre eigenen Kunden.

Man muss jetzt kein Prophet sein, um vorherzusagen, wie sich die Anzahl der Geldautomaten und damit die flächendeckende Bargeldversorgung in Zukunft entwickeln wird. Schauen Sie mal nach Großbritannien!

Ich glaube nicht, dass das gewollt war – darum ging es ja auch nicht –, es ging und geht darum, Banken an die Kette zu legen. Details unerwünscht! Es ist die große Linie, die zählt. – So leicht darf man es sich aber nicht machen.

Ich komme damit zu meinem dritten Punkt, und das natürlich auch, weil es gleich noch einmal

von Ihnen, Herr Staatssekretär angesprochen wird: das Vertrauen.

Vertrauen ist nicht allein eine emotionale Angelegenheit, sondern vor allem ein extrem wichtiger Wirtschaftsfaktor. Das muss ich Ihnen nicht weiter erläutern. Hat man kein Vertrauen in einen Handwerker, gibt man ihm auch keinen Auftrags. Fehlt generell das Vertrauen, werden Wirtschaftskreisläufe allerdings gestört, und zwar sehr empfindlich. Wirtschaftskrisen sind insofern immer auch Vertrauenskrisen. Damit hat auch die Bankenbranche zu kämpfen. Es wird ihnen aber enorm erschwert, verlorenes Vertrauen zurückzuerobern.

Die Botschaft lautet ja nicht einmal mehr: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, sondern: „Vertrauen war falsch, Kontrolle ist unerlässlich, und zwar flächendeckend und lückenlos“. Oder anders formuliert: Weil man ihnen, den Banken, nicht trauen kann, muss alles dokumentiert und kontrolliert werden. Wer von Ihnen in jüngerer Vergangenheit mal eine Anlageberatung erfahren hat, weiß, wovon ich rede.

So erreicht die beispiellos intensive Regulierung und Beaufsichtigung der Banken in weiten Teilen das Gegenteil dessen, was eigentlich gewollt ist: Das Vertrauen in die Banken schwindet weiter.

Ich weiß nicht, ob Ihnen das auch schon einmal aufgefallen ist: Wenn in den 80er Jahren in einem Krimi ein Banker auftauchte, wurde er überfallen oder entführt. Tritt heute einer auf, weiß der Zuschauer gleich Bescheid: Er ist entweder der Täter, mindestens aber skrupellos und auf jeden Fall ein Gauner.

(Heiterkeit)

Tausende seit Jahren sorgfältig und gewissenhaft für ihre Kunden arbeitende Bankkaufleute werden hier für einige Tunichtgute in Sippenhaft genommen.

Meine Damen und Herren, mit diesen drei Herausforderungen haben wir in unserer dezentralen genossenschaftlichen Finanzgruppe der Volks- und Raiffeisenbanken zu kämpfen: Die politisch gewollten niedrigen Zinsen senken die Erträge. Die Regulierung erhöht die Kosten. Beides sind erhebliche Wirkungen. Und das Vertrau-

en der Kunden wird unter anderem auch durch behördliche Maßnahmen weiter beschädigt.

Als vierte Herausforderung könnte ich jetzt auch noch die Digitalisierung ansprechen, die weder am Handwerk noch an den Banken vorbeigeht, dann wird das Essen allerdings kalt.

Ich habe diese Punkte, meine Damen und Herren, heute angesprochen, um für Verständnis zu werben und auch um Ihren Blick auf die Besonderheiten und Stärken der genossenschaftlichen Finanzgruppe zu richten. Wie gesagt: Wir sind auch eine „Wirtschaftsmacht von nebenan“, eine mit stabilisierender Wirkung für die gesamte Wirtschaft. Darauf dürfen wir nicht nur, darauf müssen wir aufmerksam machen. Es steht einfach viel zu viel auf dem Spiel.

Aber eines werden wir nicht tun, auch wenn es uns schwer gemacht wird: Wir werden unsere

Kunden nicht vernachlässigen, auch wenn wir immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Bewältigung der neuen Bürokratie beschäftigen müssen. Auch diese Botschaft möchte Ihnen ins neue Jahr mitgeben.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen, Ihren Familien, Ihren Betrieben und Organisationen ein gutes und erfolgreiches Jahr 2015! Wir alle haben mit Herausforderungen zu kämpfen. Dafür wünsche ich Ihnen und uns Kraft, Ausdauer und Geschick.

Nun freue ich mich mit Ihnen auf drei weitere Dinge: einen interessanten Festvortrag, das Menü und auf gute Gespräche.

Vielen Dank!

(Beifall)

Festansprache

**Steffen Kampeter MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste des Dreikönigssessen des nordrhein-westfälischen Handwerks! Ich bedanke mich für die Einladung.

Ich bin ein wenig hin und her gerissen, ob ich einen Fachvortrag oder einen Vortrag zum Abendessen halten soll. Ich entscheide mich wahrscheinlich für das Letztere.

Der Begriff des Vertrauens ist – ich extemporiere mal ein wenig abseits meines Manuskripts – für den heutigen Abend zentral. Ich bin unter anderem deswegen gerne gekommen, weil dies hier eine Veranstaltung des Gottvertrauens ist.

Wenn man sich zu Dreikönig – Ende der Weihnachtszeit – trifft, die Sternsinger kommen lässt und ausdrücklich auf den Dreikönigsritus hinweist, zeigt das ja, dass das christliche Abendland in Düsseldorf, im nordrhein-westfälischen Handwerk noch geschätzt wird. Gut so! Darüber freue ich mich und freuen Sie sich, hoffe ich, gemeinsam mit mir.

(Beifall)

Ähnlich wie der „Banker“ wundere ich mich allerdings, dass Sie akzeptiert haben, dass ein Politiker über Vertrauen redet.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das war ein „freches“ Angebot, dass Sie akzeptiert haben. Ich freue mich über die Wertschätzung meines Berufsstandes und weiß mich mit den Vorstandsmitgliedern der WGZ da gelegentlich in einer Selbsthilfegruppe, dass wir denken, wir könnten noch ein bisschen besser behandelt werden.

(Heiterkeit und vereinzelt Zurufe)

– Aber okay, dass wissen wir beide und sollten das Klagen darüber einstellen.

Bevor ich zu den wirtschaftlichen Sachverhalten komme: Neben Gottvertrauen ist auch eine andere Vertrauensdimension unheimlich wichtig und von der ich glaube, dass sie in Deutschland ausbaufähig ist, nämlich Vertrauen in das gesellschaftliche und politische System.

Wenn wir dieses Grundvertrauen in die Akteure des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systems nicht haben, brauche ich meinen Vortrag gar nicht mehr halten. Ich habe den Eindruck, dass wir, wenn nicht selbstbewusster, dann zumindest ein Stück weit reflektierter darüber nachdenken, in welchem Land wir leben, ob wir hier gerne leben und ob wir mit dem politischen System und mit den Ergebnissen einverstanden sind. Wahrscheinlich werden wir dazu keine einheitliche Meinung hier im Raum erhalten, aber gelegentlich sagen mir die Leute: Es ist völlig egal, wer da regiert: Alle in einen Sack, Sack zu, Knüppel drauf, man trifft schon den richtigen!

Damit bekommen Sie Lacher bei jedem Bierabend. Und für einen Westfalen ist Bier etwas anderes als im Rheinland, aber das will ich jetzt nicht vertiefen.

(Heiterkeit)

Ich glaube aber, dies ist nicht ganz gerechtfertigt. Wenn ich an meine eigene Zunft denke, beschränkt sich gesellschaftliches Engagement nicht nur auf Mitglieder in der Politik, sondern findet sich beispielsweise auch in der Selbstverwaltung des Handwerks. Wenn man diejenigen in unserer Gesellschaft, die sich für andere oder für ein bestimmtes Ziel engagieren und nicht hundertprozentig das machen, was man selber egoistischerweise von Ihnen einfordert, gleich diskreditiert, dann werden wir Schwierigkeiten mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und mit dem Vertrauen miteinander bekommen.

Zu dem Vertrauen in das politisch-gesellschaftliche System gehört auch, anzuerkennen, dass der Kompromiss gelegentlich eine Sache ist, die vielleicht nicht hundertprozentig die eigene Meinung widerspiegelt, aber, wenn man ihn akzeptiert, zur Vertrauensbildung im gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen kann. Dazu gehört zum Beispiel auch das Vertrauen zu Institutionen. Es gab einmal eine Richtung, die meinte, dass man



Institutionen generell nicht trauen sollte. Aus eigener Erfahrung kenne ich „68er Lehrer“, die von Ehe und Familie bis hin zum Staat meinten, dass man Institutionen nicht trauen könne, diese zum Teil korrupt und von alten ehemaligen Nationalsozialisten durchsetzt seien.

Wenn wir in unserer Gesellschaft aber kein Vertrauen mehr zu Institutionen wie Ehe und Familie oder zum örtlichen Bürgermeister haben, dann wird es mit dem gesellschaftlichen Zusammenhang und mit Vertrauen in andere Aspekte schwierig.

Ich muss Ihnen sagen: Ich vertraue meinem Bürgermeister. Das ist zwar ein Sozialdemokrat – ich komme aus einer sozialdemokratisch geprägten Stadt –, ebenso sind dies in Berlin auch unsere neuen Partner, aber ich traue ihm vor allen Dingen zu, dass er sich nach Maßgabe seiner politischen Zielsetzung für unser Gemeinwesen einsetzt. Ich traue meinem örtlichen Kreishandwerksmeister; der ist Malermeister. Die Kreishandwerkerschaft – „Wittekindsländ“ heißen die jetzt – sie begleiten meine Arbeit auch kritisch – manchmal findet sie etwas gut, manchmal findet sie es richtig –, aber ich akzeptiere und respektiere

ihn und ich vertraue ihm, dass er sich für sein Handwerk einsetzt.

Ich vertraue meinem Pastor. Das christliche Abendland ist ja ein neues Motiv, zu dem man sich ja demonstrativ wieder bekennt. Wenn aber in deutschen Medien über Kirchen berichtet wird, dann wird meistens über falsche oder angebliche Verfehlungen berichtet und nicht über Glaubensinhalte. Selbst wenn mein Pastor etwas predigt, was ich vielleicht in meinem weltlichen Wirken nicht umsetzen kann, muss ich doch ein gewisses Grundvertrauen haben.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werbe ich dafür, dass wir mehr Zutrauen zu unserem Staat und zu unseren gesellschaftlichen Institutionen haben. Dieses Grundvertrauen in den inneren Zusammenhalt der Bundesrepublik Deutschland hat uns in den vergangenen 70 Jahren gut getan und weit gebracht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich habe vor ein paar Tagen das Buch eines Politikwissenschaftlers in die Hand genommen, der die Situation der Menschen in Norwegen und Syrien verglich und die Frage stellte: Was ist

eigentlich der Unterschied, wenn ein 14-jähriger Junge im Kriegsgebiet in Syrien oder im Wohlfahrtsstaat in Norwegen aufwächst? Und seine Antwort war: Das ist Politik. – Deswegen sollten wir mehr in die Kraft des Politischen vertrauen. Politiker können nicht immer das machen, was sie wollen. Selbst in einer Partei machen sie nicht immer alles, was jedes einzelne Parteimitglied will. Aber im Großen und Ganzen ist das europäisch-repräsentative demokratische Modell erfolgreich und vertrauenswürdig.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Lassen Sie uns mehr Vertrauen in Deutschland haben und es auch einmal aussprechen! Das ist meine erste Botschaft an Sie.

(Beifall)

Aber ich soll über die Wirtschaft reden, und ein Finanzstaatssekretär tut dies selbstverständlich gerne. Es gibt in der Bundesregierung einen Wirtschaftsminister und einen Finanzminister. Und der Finanzminister macht nun mal auch Wirtschaftspolitik. Das war in den vergangenen Jahrzehnten nicht immer so. Früher war Ludwig Erhard die Inkarnation der Ordnungspolitik. Ein Begriff, dem wir mehr Wertschätzung zollen sollten.

Bezüglich der wirtschaftlichen Situation haben wir heute festzustellen, dass das Statistische Bundesamt mitgeteilt hat: Wir sind im vergangenen Jahr 1,5 Prozent gewachsen, und damit mehr als wir eigentlich erwartet haben.

Wir liegen mit diesem wirtschaftlichen Wachstum solide auf Kurs – kein Anlass zum Jubel. Interessant ist aber, dass die allgemeine Klage gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, wir würden eigentlich nur mit dem Export Geld bzw. Bruttoinlandsprodukt schaffen, nicht zutrifft.

Wachstumstreiber Nr. 1 ist der private Konsum. Die 1,5 Prozent Wachstum für Deutschland passen zu dem, was der nordrhein-westfälische Handwerkspräsident gesagt hat: Auch das abgelaufene Jahr ist im nordrhein-westfälischen Handwerk solide gelaufen. Kein Anlass zum Jubel!

Die wirtschaftliche Situation hat viel mit dem hohen Beschäftigungsstand in Deutschland zu tun.

Es wird zwar gelegentlich kritisiert, dass nicht alle Menschen Vollzeit arbeiten, ich aber denke, wir sind eine freie Gesellschaft, und der Staat muss nicht vorschreiben, wie viele Stunden die Leute mindestens zu arbeiten haben. Wir schreiben ja die maximalen Arbeitsstunden vor. Über 40 Millionen Menschen arbeiten – so viel wie noch nie zuvor – in unterschiedlichen Strukturen in diesem Land. Das ist ein großer Erfolg.

Die sozialen Sicherungssysteme sind stabil. Ich bin seit 1990 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Aus dieser Erfahrung heraus kann ich sagen: Die Phase, dass soziale Sicherungssysteme Überschüsse und Rücklagen haben, ist für mich eine neue Erfahrung. Wenn es uns gelingt, die Beiträge auch noch insgesamt stabil zu halten – die Pflege ist da ein Sonderfall –, haben wir schon einigermaßen was erreicht.

Ich denke, das ist kein Erfolg der Politik allein – vielleicht haben wir auch das ein oder andere richtig gemacht –, sondern das ist vor allem ein Erfolg der Leistungsfähigkeit unseres Landes, der Menschen, die morgens um 7 Uhr aufstehen und das Land am Laufen halten.

Es ist der Erfolg der Tüftler, der Innovatoren, der Unternehmen, die Verantwortung oder Risiko übernehmen, Vertrauen haben in die Zukunft, und es ist das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, das uns von vielen angelsächsisch-kapitalistischen Modellen unterscheidet. Und die Verfasstheit des deutschen Handwerks und deren Nähe zu genossenschaftlichen Idealen zeigt auch, dass diese Soziale Marktwirtschaft hier besonders gelebt wird. Die Zahlen, die Sie, Herr Präsident, zu Beschäftigung und Umsatzstärke des nordrhein-westfälischen Handwerks genannt haben, belegen das.

Die Frage, die sich nun auch stellt: Können wir dieser wirtschaftlichen Stabilität vertrauen? Ist das eine Eintagsfliege? Wird es besser, oder wird es schlechter?

Vertrauen ist gut – Selbstgefälligkeit allerdings nicht.

Der erste Hinweis, den ich geben möchte, ist der stabile Haushalt. Das Statistische Bundesamt hat heute nicht nur etwas zum Bundeshaushalt, sondern auch etwas zum Gesamthaushalt ge-

sagt: Wir haben einen Überschuss, und das ist ein Alleinstellungsmerkmal in den europäischen Staaten. Es gibt kein Land in Europa, das zum abgelaufenen Jahr eine solch solide Situation der öffentlichen Finanzen hatte wie die Bundesrepublik Deutschland. Viele in der Finanzpolitik haben davon geträumt, dass wir mit dem Geld auskommen. Manchmal haben sie es gehofft. Vor dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers haben wir es sogar schon einmal angekündigt. Und jetzt ist es uns gelungen – ein Jahr früher als angestrebt.

Wenn Sie mit einem Geschäftspartner agieren, dann erfragen Sie seine Bonität und erhalten eine Einschätzung. Ich hoffe, dass Sie meine Einschätzung teilen, dass die Ampel derzeit auf Grün steht. Und das schafft Vertrauen. Mit einem solchen Partner mag man zusammenarbeiten.

Wir nennen unsere Politik wachstumsfreundliche Konsolidierung. Die Angelsachsen nennen das „Austerität“. Das ist ein Verbund von sparsamen Haushalten und dem Setzen von besonderen Ausgabenschwerpunkten. Es gibt ja manche, die sagen: Ihr spart euch kaputt! – Das verstehe ich, ehrlich gesagt, nicht. Ich lese auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, und darin lese ich immer von den Staaten, die hohe Defizite haben, und dass die Investitionen dort sinken. Hohes Defizit korreliert mit niedrigen Investitionen.

In Deutschland sind die Defizite über die letzten Jahre gesunken und die Investitionen nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf allen Ebenen, auch beim Bund, gestiegen. Die Behauptung, wer einen Haushalt ausgleicht, der investiert weniger, lässt sich in der Realität schlichtweg nicht bestätigen. Richtig ist: Wer solide finanzielle Verhältnisse hat, hat auch Freiräume für entsprechende Investitionen.

Deswegen hat die Regierung Merkel beschlossen, 10 Milliarden Euro mehr in die Infrastruktur zu investieren als bisher geplant. Wir werden im Frühjahr die dafür notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen nicht nur im Rahmen eines Nachtragshaushaltes auch für die breite Öffentlichkeit verdeutlichen, sondern auch mit einer Konkretisierung der Projekte.

Infrastruktur bedeutet im Übrigen nicht nur das, an was Sie vielleicht zuerst denken: Ausbau der

A3, Brücken und Autobahnen. Vielmehr versteht man darunter auch digitale Infrastruktur. Sie haben es ja schon einmal angesprochen; ich komme darauf noch einmal zurück. Ich glaube, das ist wichtig.

Wir sollten aber nicht folgenden Fehler machen: Wenn einmal der Haushalt ausgeglichen ist, dann kann die allgemeine Wunschliste aufgemacht werden. Wenn Sie die Zeitungen und Agenturmeldungen der letzten Tage gelesen haben, werden Sie festgestellt haben: Wir wären schon pleite, wenn wir all das machen würden, was da vorgeschlagen worden ist.

Das Wichtige von dem weniger Wichtigen zu unterscheiden, ist ein Kern von Konsolidierungspolitik. Dazu gehört auch, mal nein sagen zu können. Theo Waigel hat mal gesagt: Wenn man als Finanzminister beliebt sein will, ist man in der Regel pleite. – Deswegen ist es nicht unser Ziel, durch eine Finanzpolitik Ihre allgemeine Begeisterung dafür zu wecken, dass wir hier oder da noch etwas nachlegen, sondern vielleicht den Respekt – das ist das Maximale, was ein Finanzpolitiker will –, dass 2014 keine Eintagsfliege ist, und gelegentlich auch die Unterstützung, dass es weitergeht.

Zum zweiten wichtigen Punkt – so habe ich gehört – muss ich etwas sagen, sonst komme ich hier nicht ohne Blessuren heraus: Das ist das Vertrauen in das Geld. – Das scheint heute Nachmittag das wichtige Thema gewesen zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Stabilität des Geldes kann man nach innen und nach außen begründen. Die deutsche historische Grunderfahrung über die Stabilität des Geldes liegt auf vielen Speichern oder in manchen Kellern, in diesen riesigen Banknoten, zu denen meine Großmutter mir dann gesagt hat: Für diese Milliarden könntest du mal einen halben Liter Milch bekommen. – Diese historische Grunderfahrung der Deutschen ist Inflation. Und der Maßstab zur Bewertung der Stabilität des Geldes ist die Frage: Haben wir eine inflationäre Tendenz – ja oder nein –, zumindest nach innen?

Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung, die ein bisschen besorgniserregend ist – dazu komme ich noch –, haben wir mit der Einführung des Euros und auch aktuell nicht die Diskussion

über galoppierende Inflation, sondern im Gegenteil. Wenn Sie Deutschland verlassen, ist Inflation ein Wort, das die Leute nicht kennen, sondern sie reden über Deflation, über die Gefahr, dass ein wirtschaftlicher Kreislauf dadurch zum Stillstand kommen kann, dass kontinuierlich die Preise sinken und in Erwartung sinkender Preise die Wirtschaft zusammenbricht.

Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt die Kerninflation bei 0,8 Prozent; sie ist leicht gestiegen. Das glaubt mir zwar keiner, aber sie ist leicht gestiegen. Generell haben wir ein sehr moderates Preisumfeld durch den Sachverhalt, dass die Preise für Rohstoffe und Öl sehr gering sind. Auch in vielen anderen Bereichen ist das Preisumfeld moderat.

Eine Gefahr der Deflation, die manche befürchten, sehe ich nicht. Aktuell kann ich nicht erkennen, dass es auf breiter Front Preissenkungen gibt.

Die Stabilität des Euro nach innen sehe ich ausdrücklich nicht gefährdet. Ich sehe auch keinen Anlass, die Debatte jetzt weiterzuführen in die Richtung, wir müssten jetzt gegen die Inflation irgendetwas unternehmen, weil wir als Bundesregierung eine andere Analyse haben als beispielsweise der Mainstream vieler Kommentatoren.

Was die Stabilität nach außen angeht, ist der Euro eine wechselnde Geschichte. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Währungsparitäten keine politische Angelegenheit sein dürfen, sondern mit dem Wegfall der Festkurse und dem Verlust des Goldstandards sollen Wechselkurse unterschiedliche wirtschaftliche Verhältnisse widerspiegeln.

Wenn ich Ihnen vor ein oder zwei Jahren gesagt hätte, dass in Amerika aufgrund sinkender Energiepreise und der damit verbundenen Effektivitätseffekte ein wirtschaftlicher Aufschwung zur Stärkung des Dollar beigetragen hätte, hätten Sie gesagt, Herr Kampeter würde Witze machen. – Aber das ist derzeit eines der fundamentalen Treiber der weltwirtschaftlichen Entwicklung: das Wiedergewinnen des Vertrauens in die wirtschaftliche Stärke der USA.

Umgekehrt – das ist auch der Grund für die außerordentlichen Aktivitäten der Europäischen

Zentralbank – ist es, was ich ausdrücklich kritisieren will, in Europa noch nicht gelungen, den Märkten, den Bürgern und den Geldpolitikern deutlich zu machen, dass unser mittelfristiges Wachstumspotenzial wieder steigt. Die notwendigen Reformen, die in der Krise von Griechenland, von Spanien, von Portugal mit hoher Geschwindigkeit durchgeführt wurden, werden jetzt von anderen eingefordert. Ich nenne Frankreich, ich nenne Italien, und ich bin sehr gespannt, wie die Europäische Kommission im März die Vorlage der Konsolidierungs- und Reformberichte bewerten wird.

Die Möglichkeit, dass der Euro im Außenbereich wieder steigt, liegt nicht in der Hand der Europäischen Zentralbank. Das liegt in unserer Hand, in der Hand der Industriestaaten, die Reformen machen, die Arbeitsmärkte liberalisieren, die Privatisierungen vorantreiben oder die in anderen Bereichen versuchen, Wettbewerbsfähigkeit wieder zu erlangen. Das gibt uns Potenzial, dass andere glauben, dass wir wieder wachsen. Es liegt in unserer Hand, die Investitionsmöglichkeiten für Private – ich nenne ausdrücklich die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland – auszuweiten.

Das alles sind Chancen für mittelfristiges Wachstum. Die müssen wir wahrnehmen. Dann wird eine realistische Parität, wo immer sie auch liegen mag, wieder deutlich spürbar. Im Augenblick scheint es, als ob der Euro-Raum im Trend eher im Hintertreffen ist. Das habe ich insoweit zu bewerten, als dass ich glaube, dass wir einen gewissen Nachholbedarf bei der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit haben. Den sehe ich nicht nur außerhalb von Deutschland, sondern auch mittelfristig innerhalb von Deutschland.

Zum Thema Zinsen: Ich habe diese Woche bei der Trauerfeier für Otto Pöhl einen großen deutschen Publizisten gehört. Er hat den Eindruck erweckt, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank ein Akt der freien Entscheidung der Deutschen gewesen sei. Ich habe eine andere Wahrnehmung. Die Amerikaner und Engländer haben uns nach dem Zweiten Weltkrieg nicht getraut. Sie haben gesagt: Wenn die Deutschen wieder auf die Beine kommen, dann fluten sie die Welt mit D-Mark. – Und dann haben sie uns auferlegt: Gründet doch eine unabhängige Zentralbank. – So etwas kannten sie selber nicht, aber es war

ihre Rückversicherung – so verstehe ich die damaligen Diskussionen –, dass Deutschland mit einer unabhängigen Zentralbank anderen Zielen verpflichtet ist, als mit der D-Mark sozusagen einen „Währungskrieg“ hervorzurufen.

Das war, so ist mein Eindruck, eher als Beschränkung gedacht. Wir haben uns in Deutschland mit der Bundesbank und ihrer Unabhängigkeitskultur gerne arrangiert.

Herr Pöhl repräsentierte ja wie wenige andere die Unabhängigkeitskultur und hat sie genutzt. Er war in dem Bereich engagiert. Und diese Unabhängigkeitskultur hat uns deswegen gefallen, weil sie uns auch Stabilität geliefert hat.

Die D-Mark war stabil. Sie war nicht so stabil wie der Euro, wenn ich die Inflationszeitreihen vergleiche, aber für uns war sie eine stabile Währung. Deswegen war es eines der deutschen Anliegen, das Prinzip der unabhängigen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank zu übertragen.

Nun ist das mit der Unabhängigkeit so, dass man sie so lange hochhält, so lange derjenige, der für unabhängig erklärt wird, das macht, was man selber will.

(Heiterkeit)

Und ich glaube, in dieser Situation sind wir bei der Europäischen Zentralbank. Eine Analyse, die ich nicht vollständig teile, möchte ich Ihnen aber gerne wiedergeben. In einem der beiden Tower heißt es: Ihr macht euren Job nicht richtig; ihr sorgt für zu wenig Wachstum. Und wenn wir nicht handeln würden, würde die Währung insgesamt zusammenbrechen. – Das ist ja die Fundamentalargumentation der Zentralbank, von der ich einen Teil schon positiv dargestellt habe. – Deswegen handeln wir in dieser und jener Art und Weise, wir machen niedrige Zinsen, wir machen außerordentliche Instrumente der Geldpolitik, sagt sie.

Jetzt macht die EZB etwas, was vielen hier im Raum nicht gefällt. Allerdings bemühen wir uns als Bundesregierung, die Unabhängigkeit der Zentralbank uneingeschränkt zu respektieren, unseren Job zu erledigen und mit unseren europäischen Partnern für mehr Wachstum zu sorgen.

Ich muss Ihnen sagen: Auch wenn es mir zugegebenermaßen manchmal schwer fällt, plädiere ich für die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank-Entscheider, respektiere Entscheidungen auch, wenn ich vielleicht eine andere Meinung habe, und versuche in meinem Verantwortungsbereich, nämlich in der deutschen Politik, dafür zu sorgen, dass es zu mehr Wachstum kommt.

Damit bin ich bei meinem nächsten Punkt: Vertrauen in stabiles Wachstum. Zuvor muss ich aber etwas zum Vertrauen in ein stabiles Bankensystem sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mit dem Vorstandsmitglied der WGZ BANK nicht ganz „sound“, wie es in den internationalen Gremien heißt, in seiner Analyse, dass Europa auf die Spezialitäten des deutschen Bankensystems zu wenig Rücksicht nimmt. Was ist meine Sicht? Wir haben die Nerven der Partner in Europa und in den USA ganz schön strapaziert. Vor 10 oder 15 Jahren wusste man in Washington D.C. dann, was eine „savings bank“ oder eine „cooperative bank“ ist. Inzwischen sind in Brüssel die Spezifika des Dreisäulenmodells in Deutschland sehr wohl bekannt.

Nun sagen wir hier in Deutschland: Regel durchsetzen – ohne Ausnahme –, es sei denn, es geht um Volksbanken und Sparkassen. – Das ist eine schwierige Verhandlungsposition in Brüssel, wenn es um die Bankenregulierung geht. Wenn ich über die Einlagensicherung oder über Kapitalanrechnung rede, gibt es viele Regelungen, bei denen wir in den vergangenen zwei, drei Jahren den Brüsseler und unseren europäischen Partnern deutlich gemacht haben, dass es sich um andere Banken handelt als beispielsweise die Banken, die in London, in Brüssel oder in Frankreich existieren. Da sind andere Strukturen.

Das machen wir aus folgender Überzeugung: Zur Kompetenz des deutschen Mittelstands gehört ein differenziertes, dezentral organisiertes und regional verankertes Bankensystem konstitutiv.

(Beifall)

Wir haben im Verhältnis zur Kredit- und Kapitalmarktfinanzierung unternehmerischer Tätig-

keit in Deutschland völlig andere Proportionen als beispielsweise die Italiener oder die Franzosen. Selbst der Mittelstandsbegriff ist schwierig zu erklären. „The German Mittelstand“ ist ein stehender Begriff in der „Financial Times“. Der Mittelstand ist so nicht bekannt.

Die mittelständische Struktur, die Qualifikationsprofile und die Kapital- und Eigentümerstruktur des deutschen Mittelstands waren in den letzten zwei Jahrzehnten in Europa ein Lernprozess. Ich denke, es bedarf aber auch dieser spezifischen komplementären Struktur in den Bereichen. Deswegen ist bei der Implementation der Bankenunion auf die Besonderheiten des deutschen Bankensystem besonders Rücksicht genommen worden bei Obergrenzen und anderen Dingen. Wir haben versucht, dass wir Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln. Und das ist insgesamt gelungen.

Deswegen glaube ich: Das deutsche Bankensystem ist stabil. Wir haben einen Stresstest durchgeführt und eine Bilanzschau – Asset Quality Review –, und die Banken, die da unter besonderer Beobachtung waren, waren schon gewarnt. Insgesamt können Sie Ihren Banken vertrauen. Wir haben ein Attest. Das heißt nicht, dass es das ein oder andere gibt, was besser ist. Also in dem Bereich: Vertrauen – Daumen hoch!

Ein anderes Feld: Haben Sie Vertrauen in die Steuerpolitik?

(Zurufe)

Ein großes „Nein!“ im Saal – weil ich noch nie jemanden getroffen habe, der auf die Frage, ob er unser Steuersystem für erklärbar hält, gesagt hat: Ja, das ist in Ordnung. – Ich könnte sagen: Ich bin dafür gar nicht zuständig, da es einen Kollegen bei uns gibt, der den Bereich Steuern bearbeitet. Aber ich will dem nicht entweichen.

Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir in dieser Legislaturperiode statt unerfüllter Versprechen Stabilität und Ruhe in der Steuerpolitik zum Leitmotiv gemacht haben. Da gibt es einige in der Publizistik, die das möglicherweise langweilig finden, aber ich muss Ihnen sagen: Friedrich Merz hat mir immer das Beispiel erläutert, 90 Prozent der steuerrechtlichen Literatur auf dieser Erde wird über das deutsche Steuerrecht

geschrieben. Also, wenn wir mal drei oder vier Jahre keine große Steuerreform machen, dann ist das wohl kein Übel. Und wenn ich Unternehmen besuche, ist auch die Steuerpolitik, bis auf einen Punkt, zu dem ich gleich noch komme, kein Thema, mit dem die Menschen unzufrieden sind. Kontinuität scheint mir ein Wert an sich zu sein.

Aber an dieser Stelle bin ich sehr entschlossen. Was wir gemacht haben, ist, für mehr Fairness zu sorgen. Ein Handwerksbetrieb hat ein regionales Einzugsgebiet. Amazon, Google oder Facebook sind globale Unternehmen. Wenn die durchschnittliche Steuerlast von diesen globalen Unternehmen niedriger ist über internationale Verlagerungen als Ihre durchschnittliche Steuerlast, dann stimmt im System irgendetwas nicht, insbesondere wenn die Erträge, die dazu beigetragen haben, dass das Unternehmen so floriert und einen hohen Börsenwert hat, in einzelnen Ländern nicht besteuert werden.

Deswegen hat sich Wolfgang Schäuble in den vergangenen drei bis vier Jahren ein Thema auf die Fahnen geschrieben. Dieses Thema lautet: Fairere, sprich anständigere, sprich höhere Besteuerung internationaler Unternehmen innerhalb von Europa.

(Beifall)

Ich finde, das ist nur fair gegenüber dem Mittelstand. Das ist seine feste Überzeugung. Sie hören da so technische Begriffe wie „BEPS“ oder „OECD-Standards“ und Ähnliches. Dahinter steckt, dass wir diejenigen Gewinne, die nur in Deutschland erwirtschaftet werden oder nur in Frankreich erwirtschaftet werden, auch dort besteuern wollen. Wir werden das schrittweise einführen. Wie überall im Steuerrecht ist das sehr komplex, aber ich glaube, das ist auch Respekt vor denjenigen, die hier ihre Erträge versteuern. Das ist nur Ausdruck von Fairness.

Unter dem Begriff „Fairness“ will ich auch den verstärkten Kampf gegen illegale Steuervermeidung anführen. Es gibt nicht nur eine legale Steuervermeidung, sondern auch eine illegale Steuervermeidung. Ich weiche dieser Diskussion nicht aus.

Ich habe vorhin von dem Vertrauen in ein Staats- und Gemeinwesen gesprochen. Wenn die Bürger

rinnen und Bürger in diesem Lande das Gefühl haben, dass manche einfach nur ins Ausland zu fahren brauchen, um keine Steuer zu zahlen, während andere so ehrlich sind, in der Lohnsteuererklärung das alles anzugeben, was sie angeben sollten, dann ist das ein sozialer Sprengstoff, den wir angehen müssen.

Es gibt viele soziale Konflikte. Aber für mich als Finanzpolitiker ist Steuerehrlichkeit ein Wert an sich. Man muss seinen fairen Anteil nach der gesetzlichen Lage auch zahlen. Deswegen sind unsere Initiativen im Bereich der Steuerehrlichkeit auch nicht ein Ausfluss von interventionistischen, imperialistischen Steuerstrategien, sondern nach meiner Auffassung ein Beitrag zur Steuerehrlichkeit.

Zum Vertrauen in ein Steuersystem gehört auch, dass man, wenn das Bundesverfassungsgericht etwas anderes will als der Gesetzgeber, den Willen des Gesetzgebers im Rahmen der Verfassung durchsetzt: Stichwort „Erbchaftssteuer“.

Wir haben Ihnen zugesagt, dass wir für den Fall einer Verfassungswidrigkeitserklärung durch das Bundesverfassungsgericht in der Wirkung die Erbschaftssteuerreform beibehalten, dass dann bei einer Übertragung in die nächste Generation nicht durch die Erbschaftssteuer die Existenzfrage gestellt werden muss.

Wir werden in den nächsten Wochen Eckpunkte vorlegen. Wir haben eine intensive Analyse des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vorgenommen. Eine Vielzahl der Handwerksbetriebe wird es nicht betreffen, aber es gibt auch größere Handwerksbetriebe mit höherem Betriebsvermögen und höheren Umsatzzahlen, die uns sehr genau an dieser Aussage messen sollen: Wir wollen die Betriebsübergabe an die nächste Generation auch erbschaftssteuerlich weiter privilegieren in dem Maße, in dem wir das bisher gemacht haben. Das Bundesverfassungsgericht hat das auch für zulässig erklärt, hat an uns aber appelliert, die Voraussetzungen für diese steuerrechtliche Privilegierung zu präzisieren. Und Wolfgang Schäuble hat seine Mitarbeiter gebeten, die dafür notwendigen politischen Gespräche auch mit den Ländern zu führen und diese zu realisieren.

Ich hoffe, dass Ihr Vertrauen in dieser Angelegenheit nicht enttäuscht wird.

Mein vorletzter Punkt: Welcher Wirtschaftspolitik soll man vertrauen? – Ich will vor Ihnen heute Abend über meine Sorge sprechen, was das Thema Wachstum angeht. Wenn ich Bücher oder öffentliche Meinungsäußerungen lese, dann gibt es bis weit in das bürgerliche Lager die Behauptung: Wir brauchen kein wirtschaftliches Wachstum mehr. – Das ist eine große Herausforderung für die Wirtschaftspolitik.

Ich teile diese These nicht. Ich glaube, dass diejenigen, die von wenig Wachstum reden, meistens auch die Deindustrialisierung der Bundesrepublik Deutschland meinen. Sie diskreditieren das selbstständige Unternehmertum, sie wollen die Freien Berufe in einer Art und Weise regulieren, und sie verkaufen das alles unter der Überschrift: An sich ist dieses Wachstum gar nicht mehr zulässig.

Ich war Mitglied des Deutschen Bundestages, als Lehman gefallen und die Wirtschaft in Deutschland um 5 Prozent geschrumpft ist. Das war eine schwierige Phase. Wir müssen auch als demographisch schrumpfendes Land wieder lernen, das Wachstum zum Hauptmotiv von Wirtschaftspolitik zu machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wer das wirtschaftliche Wachstum untergräbt, untergräbt auch die soziale Stabilität der Bundesrepublik Deutschland. Das muss jedem klar sein, der eine entsprechende Forderung unterstützt.

(Beifall)

Das hat auch Konsequenzen. Ich spüre auch bei Teilen wirtschaftlicher Entscheidungsträger eigentlich das Gefühl: Wenn es so bleibt, wie es ist, dann ist das auch in Ordnung. – Das ist eine wachstumsfeindliche Grundhaltung. Unsere Gesellschaft verändert sich: Sie wird älter. Die Technologien, die digitale Transformation verändern nicht nur das Bankwesen. Die Frage, ob Google oder Audi das nächste Auto der Zukunft baut, ist noch nicht entschieden. Wir müssen uns, um dieses Wachstum zu halten, auch ändern. Wachstum bedeutet Verändern und gelegentlich auch sein Modell infrage zu stellen. „Wer rastet, rostet“ ist eine Volksweisheit. Und eine Volkswirtschaft, die rostet, ist nicht zukunftsfähig und deren Wachstumspotenzial ist in diesem Bereich nicht ausreichend.

Das bedeutet aus meiner Sicht ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland. Ich sage das auch gerade hier in Nordrhein-Westfalen. Gelegentlich sind hier Genderfragen und Vergabefragen wichtiger als die Frage, womit wir in Zukunft in Nordrhein-Westfalen Geld verdienen. Aber das ist meine persönliche Meinung.

(Beifall)

Aber eine Wachstumsstrategie für das altindustrielle Kernland dieses Landes kann ich zumindest auf der Ebene der Landespolitik nicht umfassend erkennen, aber ich bin gerne bereit, entsprechende Hinweise mit nach Hause zu nehmen.

Das bedeutet im Übrigen auch, die digitale Transformation als Chance zu begreifen. Ich befürchte, dass Industrie 4.0 nicht zu kurz verstanden wird, lediglich als die automatisierte Fabrik. Nein, Industrie 4.0 ist viel mehr! Alles, was digitalisierbar ist, wird digitalisiert. Dieser Obersatz derjenigen, die sich mit digitaler Wirtschaft beschäftigen, wird von uns, die wir aus der analogen Welt kommen, oftmals nicht ernst genommen. Aber wenn Sie das Beispiel von „Uber“ – ich will das nicht verteidigen – nehmen, mit welchem exponentiellen Wachstum das Unternehmen durch digitale Technologien in einen traditierten, regulierten Markt eingebrochen ist, und sehen, dass es keine besonders komplexe Herausforderung ist – ohne das Taxigewerbe diskreditieren zu wollen –, von A nach B zu transportieren, aber eine sehr regulierte, dann zeigt das, dass es nicht um die Frage geht, ob ein Computer in der Fertigung oder eine CNC-Maschine eingesetzt wird, sondern ob diese digitale Transformation zum Kern von Wirtschaftspolitik, zum Kern von Chancen für Wachstum interpretiert wird oder ob wir uns als allererstes darüber Gedanken machen, wie wir das kaputtregulieren können.

Ich habe für diese Frage von „Uber“ auch keine abschließende Antwort, weil diese auch nicht ganz trivial ist. Und die Kommunikation des Unternehmens, sie wollten sich nicht an den Rechtsstaat halten, da er für sie nicht zutrifft, ist für einen Gesetzgeber auch schwer verständlich und nicht akzeptabel. Trotzdem: Dahinter steckt die Frage: Ist die Wirtschaftspolitik bereit, auch neue technologische Fragen mit den Menschen zu diskutieren und Schlussfolgerungen zu ziehen?

Gute Worte helfen da wenig; da muss man handeln. Das bedeutet beispielsweise, digitale Infrastruktur zu verändern, im Übrigen auch Stromtrassen zu bauen. Man kann viel Schlechtes und viel Gutes über die Energiewende sagen, aber wenn die Menschen mir erzählen, man brauche zur Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland Energie, ohne gleich in den Verein Pro Kernkraft einzutreten und dafür eine gesellschaftliche Mehrheit zu erreichen, dann muss man zumindest für eine leistungsfähige Infrastruktur im Bereich von Strom eintreten.

Das gilt im Übrigen auch für Bahnhöfe. Die Mehrheit der Stuttgart-21-Gegner waren in Teilen aus der Mitte der Gesellschaft stammende Bürger, die sagten: Wir brauchen keine Veränderung und etwas Neues. Solange ich lebe, reicht uns der alte Bahnhof.

Gegen diese Grundauffassung, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir ankämpfen und im Kopf damit beginnen. Politik kann das nur in Teilen begleiten – ob das unsere Förderprogramme für Innovation im Mittelstand, für die Digitale Anwendung, die wir jetzt angestoßen haben, oder ob das die technologieorientierten Programme der KfW sind, die wir ausgebaut haben. Ich glaube, es muss erst einmal in den Köpfen anfangen.

Ihnen vom Handwerk gelingt das gut, weil Sie eine Sache machen, die Sie von manchem industriellen Arbeitgeber unterscheidet. Das ist die Investition in Bildung und Köpfe. Die Ausbildungsleistung im Handwerk ist außerordentlich.

Ich will an dieser Stelle einmal sagen: Als Abgeordneter geht man natürlich zu Lehrlingsfreisprechungsfeiern. Und wenn man diese über 20 Jahre besucht hat, sieht man, wann es gut war und wann es schlecht war. Man sieht die Veränderungen, wann ein Anzug und wann eine Jeans getragen wurde. Da gibt es in den Zeitabläufen Veränderungen in der Wahrnehmung. Die Obermeister sehen immer ähnlich aus, aber die Absolventen sind schon sehr unterschiedlich.

(Heiterkeit)

Und wenn Wirtschaftspolitik neben anderem gelingen will, dann muss sie auch diese Investi-

tionen in die Köpfe, in die Ausbildungsleistung unterstützen.

Wir werden auch deshalb in diesem Bereich nicht nachlassen und haben im Übrigen auch die Investitionen in Forschung, Bildung, berufliche Bildung – Herr Präsident, Sie können das auch nachvollziehen – erheblich erweitert. Wir müssen als Land mit älter werdenden Menschen immer mehr in die immer weniger werdenden Köpfe der Menschen investieren, die unseren Wohlstand und unsere Altersversorgung noch garantieren sollen. Diese Frage von Wirtschaftspolitik, wie wir mit Humankapital, wie die Ökonomen es technisch nennen, umgehen, ist auch fundamental.

Die schrumpfende Erwerbspersonenzahl stellt uns vor riesige Herausforderungen. Ausbildung ist das eine. Spracherziehung derjenigen, die noch nicht so perfekt Deutsch sprechen können, ist das andere. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu steigern, Familie und Beruf stärker miteinander zu verzahnen, ist ein umfassender Bereich. Aber ein ganz wichtiges Wachstumspotenzial ist der Halt von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Betrieben. Und da will ich insbesondere die Ausbildungsleistung des Handwerks hervorheben.

(Beifall)

Meine letzte und abschließende Anmerkung. Ich habe angefangen mit Gottvertrauen. Dahinter steckt ja eine gewisse Werteorientierung. Ich möchte zum Abschluss einer Initiative des nordrhein-westfälischen Handwerks meinen besonderen Respekt zollen, nämlich der Initiative für Flüchtlinge und Flüchtlingskinder in Nordrhein-Westfalen, die das Handwerk als Beitrag der Willkommenskultur in unserem Land organisiert.

(Beifall)

Herr Präsident, es gibt ja viele, die sagen, wir wollen Flüchtlinge anständig behandeln, und Papiere darüber schreiben oder Transparente hoch halten. Und es gibt Menschen, die organisieren diese Willkommenskultur.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Deutschland wird sich in den nächsten Jahren

ändern – unter anderem durch Zuzug. Wir in den gesellschaftlichen Institutionen merken das nicht so, weil die Menschen mit Migrationshintergrund nicht überall in der Gesellschaft gleichermaßen vertreten sind. Wenn Sie wie meine Kinder „Dein Song“ oder „Deutschland sucht den Superstar“ gucken, dann wissen Sie beispielsweise, dass wir in den kulturellen und kreativen Bereichen – das betrifft im Übrigen auch den Wetterbericht und die Moderatoren des öffentlich-rechtlichen Fernsehens – schon sehr viel weiter sind, was die Integrationsaufgaben betrifft. Im Deutschen Bundestag, in den Landesparlamenten und in den kommunalen Parlamenten ist das alles noch ein bisschen anders, oder? Da ist das eher ein Prozess.

In den Betrieben des Handwerks sind Sie da schon sehr viel weiter. Das merke ich an den Lehrlingsfreisprechungsfeiern. Ich komme aus einer Region, die sich durch Zuzug, durch Aussiedlerinnen und Aussiedler in den vergangenen 20 Jahren erheblich verändert hat und wo die Erwerbspersonenlücke bei handwerklichen Qualifikationen durch diese Bevölkerungsgruppe perfekt ausgeglichen worden ist. Jedes Mal, wenn ich beim Handwerk vorbeischaue und mit den Obermeistern, mit den Lehrlingswarten oder mit dem Kreishandwerksmeister spreche, sagen diese mir: Ohne eine qualifizierte Zuwanderung von Facharbeitern würden unsere Betriebe gar nicht mehr funktionieren.

In einer solchen Situation, wo ein Teil, eine Minderheit in unserem Land meint, wir könnten mit denjenigen, die zu uns kommen, auch umspringen, wie man normalerweise mit Menschen nicht umspringt, eine solche Initiative zu zeigen, zeigt nicht nur Gottvertrauen, sondern das zeigt ein Verständnis von der Universalität und der Personalität des Menschen, wie es dem nordrhein-westfälischen Handwerk und wie es dem christlichen Abendland gut ansteht.

Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Langanhaltender Beifall)

Andreas Ehlert:

Ich bin tief beeindruckt, Herr Kampeter. Vor allem das Ende Ihrer Rede hat uns im nordrhein-westfälischen Handwerk sehr gut getan, weil wir dieses Thema heute schon im Vorstand behandelt haben und weil es auch unter meinen Vorstandskollegen eine große Zahl gibt, die diesen Kurs gehen und sich für die Integration von Flüchtlingen engagieren. Danke dafür. Ich freue mich, dass man das auch in Berlin wahrgenommen hat.

Ich möchte, sehr geehrter Herr Staatssekretär, eine Sache doch noch klarstellen: Als Sie sagten, „morgens um 7 Uhr, wenn der Handwerksmeister aufsteht“, da haben Sie ein Grummeln im Saal vernommen. Um 7 Uhr ist nämlich bei uns Frühstückspause – nach der ersten Schicht! Das ist das Handwerk in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall)

Sie schenken Ihrem Bürgermeister, Ihrem Kreis-handwerksmeister, Ihrem Priester Vertrauen. Umgekehrt werben Sie selbst um Vertrauen. Ich

versichere Ihnen hier an dieser Stelle: Wir nehmen das gerne an. Sie haben sehr vertrauenserweckend gesprochen. Wir möchten Ihnen dieses Vertrauen entgegenbringen, und ich hoffe, dass dieses Vertrauen am Ende auch von Erfolg gekrönt sein wird. Denken Sie an unsere Partner, an die Genossenschaftsbanken, an die Sparkassen, denken Sie an unsere Versicherer. Gerade das Thema „Altersvorsorge“ liegt uns allen besonders am Herzen.

Das soll an dieser Stelle reichen. Damit Herr Kampeter gleich die Möglichkeit hat, auch noch eine Kleinigkeit zu essen, wünsche ich uns allen an dieser Stelle einen guten Appetit und Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, danke ich noch einmal ganz herzlich für ihre Ausführungen. Kommen Sie gleich gut nach Berlin zurück!

(Es wird ein Geschenk überreicht.)

Das ist von einem Konditormeister, handgemacht und wirklich wunderbar. Darauf können Sie vertrauen!

(Beifall)



Bisherige Veröffentlichungen „Dialog Handwerk“

- 2.2014 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2014 an S. Em. Karl Kardinal Lehmann
- 1.2014 Wie kann die Energiewende noch gelingen? Haben wir die Europäische Union überfordert? Perspektiven der europäischen Idee. Dokumentation des Dreikönigsforums am 16. Januar 2014
- 1.2013 Wer regiert uns wirklich: Markt oder Politik? – Der Bürger und sein Staat aus theologischer Sicht. Dokumentation des Dreikönigsforums am 17. Januar 2013
- 2.2012 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2012 an Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog
- 1.2012 Europa neu denken – Hat eine freiheitliche Wirtschaftsordnung Zukunft? Dokumentation des Dreikönigsforums am 12. Januar 2012
- 2.2011 Heinz-Dieter Smeets, Staatsschuldenkrise in Europa: Ist die Finanzierung der Schuldnerländer alternativlos? Oktober 2011
- 1.2011 Mehr als Wirtschaft - Handwerk als Lebensform und Wertekosmos?! Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Dokumentation des Dreikönigsforums am 13. Januar 2011
- 3.2010 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2010 an den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche, Präses Nikolaus Schneider
- 2.2010 Hanns-Eberhard Schleyer, Quintessenz: Zwei Jahrzehnte Interessenvertretung für das deutsche Handwerk im Geflecht von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
- 1.2010 Handwerk und Mittelstand als Chance. Dokumentation des Dreikönigsforums am 14. Januar 2010
- 1.2009 Prinzip Verantwortung - Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Dokumentation des Dreikönigsforums am 8. Januar 2009
- 1.2008 Wandel im Parteiensystem - Was bedeutet dies für die wirtschaftliche Situation von Handwerk und Mittelstand? Dokumentation des Dreikönigsforums am 10. Januar 2008
- 1.2007 Was ist die Mitte unserer Republik? Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2007
- 2.2006 Nur die Freiheit taugt für morgen! Verleihung des Europäischen Handwerkspreises an Dr. Guido Westerwelle MdB am 23. November 2006 in Köln
- 1.2006 Europa - Qua vadis? Wie kann dem Subsidiaritätsprinzip auf europäischer Ebene Geltung verschafft werden? Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2006
- 2.2005 Aufbruch im größten Bundesland - Nordrhein-Westfalen nach der Entscheidung des Wählers Round-Table-Gespräch mit Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Dokumentation der Veranstaltung „Politik im Dialog“ am 7. Juli 2005

Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag

Georg-Schulhoff-Platz 1

40221 Düsseldorf

Telefon 0211 396848

Telefax 0211 9304966

www.nwht.de

info@nwht.de